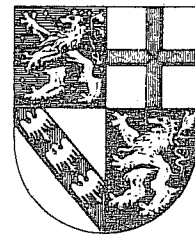


SAARLAND



STATISTISCHE NACHRICHTEN

VIERTELJAHRESHEFT
des
STATISTISCHEN LANDESAMTES

I 2 3 4

I 2 3

I 2

Ausgabe 3/1984

Statistisches Amt des SAARLANDES

Statistische Nachrichten

Vierteljahreshefte des Statistischen Amtes des Saarlandes.

Hrsg.: Statistisches Amt des Saarlandes
Postfach 409, Hardenbergstr. 3
6600 Saarbrücken
Telefon: 0681-505 930

Bezugspreis: Einzelheft 3,00 DM
Jahresabonnement 10,00 DM

Bestellungen: Statistisches Amt des Saarlandes,
Telefon: 0681-505 927

NACHDRUCK, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN: 0721-2410

INHALT

Kurzinformationen	Durchschnittliche Kaufwerte von Bauland im Saarland 1983	5
	Erwachsenenbildung im Saarland 1983	5
	Finanzen des Landes auf Konsolidierungskurs	5
	Saarland mit Kindergartenplätzen gut versorgt	6
	Weniger Konkurse im Saarland	6
	15 587 Angeklagte rechtskräftig abgeurteilt	6
	916 Strafgefangene im Saarland	7
	Jeder zehnte Kommunalpolitiker ist eine Frau	7
	In den ersten 7 Monaten 1984 weniger Verunglückte im Straßenverkehr	7
Grafiken zur Wirtschaftsentwicklung		8
Zur Wirtschaftslage		9
Beiträge	Die heimlichen Volkszählungen	10
	Probleme der flächenerfassenden Statistiken am Beispiel der Agrarstatistiken	16
	Wahlverhalten bei der Europawahl 1984	23
	Struktur und Entwicklung der Investitionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes 1964 bis 1982	29
Tabellenteil	Zahlenspiegel für das Saarland	42
Anhang	Mitteilungen des Amtes	49
	Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes	51
	Veröffentlichungen der amtlichen Statistik des Saarlandes im 3. Quartal 1984	52

ZEICHENERKLÄRUNG

- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- .** Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- x** Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ...** Angabe fällt später an
- /** keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- ()** Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

Kurzinformationen

Durchschnittliche Kaufwerte von Bauland im Saarland 1983

Im Jahre 1983 wechselten nach den Meldungen der Finanzämter im Saarland 1 254 unbebaute Grundstücke den Eigentümer. Im Durchschnitt aller Verkaufsfälle errechnete sich ein Quadratmeterpreis von 60,37 DM.

Von den gesamten Grundstücksveräußerungen entfielen im vergangenen Jahr 1 139 oder 90,8 % mit einer Fläche von knapp 1 Mio. Quadratmetern oder 67,0 % auf baureifes Land. Die Kaufsumme betrug 72,9 Mio. DM, d.s. 85,8 % der Gesamtsumme. Für baureifes Land wurde 1983 im Saarland ein durchschnittlicher Quadratmeterpreis von 77,39 DM bezahlt, allerdings streuten die Preise sehr stark um diesen Mittelwert.

Auf Veräußerungen von Rohbauland kamen 2,8 % der Fälle und 3,9 % der Fläche. Der Preis pro Quadratmeterpreis lag im Schnitt bei 42,57 DM.

Der Rest der Veräußerungen verteilte sich auf Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen.

Erwachsenenbildung im Saarland 1983

Die nach dem Erwachsenenbildungsgesetz anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung im Saarland führten 1983 insgesamt 13 341 Veranstaltungen durch, das sind 3,9 % mehr als im Vorjahr. Die Teilnehmerzahl stieg sogar um 4,7 % auf nunmehr 355 154 an. Die Maßnahmen gliederten sich in 7 453 Kurse, Lehrgänge, Seminare (Vorjahr 7 440) und 5 888 (Vorjahr 5 400) Einzel- bzw. sonstige kurzfristige Veranstaltungen. Während die Teilnehmerzahl bei den Kursen um 3,7 % zurückging, erhöhte sich diese bei den Einzelveranstaltungen um zehn Prozent. Das Angebot umfaßte 1983 insgesamt 274 931 Unterrichtsstunden und lag damit um 4,1 % über den Vorjahresergebnissen.

Den größten Zuspruch erfuhren die Volkshochschulen mit 153 672 Teilnehmern und die Einrichtungen der Katholischen Erwachsenenbildung mit 144 609 Teilnehmern. Die meisten Unterrichtsstunden erteilten ebenfalls die Volkshochschulen (154 381), gefolgt von der Katholischen (89 163) und der Evangelischen Erwachsenenbildung (22 046). Die Einrichtungen „Arbeit und Leben“ sowie „Arbeitsgemeinschaft Ländlicher Erwachsenenbildung“ hielten 7 610 bzw. 1 731 Unterrichtsstunden ab, ihre Teilnehmerzahlen beliefen sich auf 6 758 bzw. 12 364. („Arbeit und Leben“ führt vornehmlich Seminare und Kurse, die AG Ländliche Erwachsenenbildung in der Hauptsache Einzelveranstaltungen durch!). Von der anders strukturierten Europäischen Akademie Otzenhausen wurden 3 652 Teilnehmer und 13 203 Teilnehmertage gemeldet.

Im Jahre 1983 waren 138 Personen hauptberuflich und 3 115 nebenberuflich in der Erwachsenenbildung dieser Einrichtungen tätig. Die Gesamtausgaben stiegen gegenüber dem Vorjahr von 18,4 auf 19,8 Mio DM.

Finanzen des Landes auf Konsolidierungskurs

Im ersten Halbjahr 1984 war die Finanzsituation des Landes von einer spürbaren Besserung gekennzeichnet. Wenn auch von einer Erholung noch nicht die Rede sein kann, so muß doch ein Trend zur Konsolidierung konstatiert werden. Verglichen mit dem ersten Halbjahr 1983 stiegen die Gesamtausgaben nur um 0,3 % auf 1 977 Mio. DM an, während die Gesamteinnahmen um gut 15 % auf 1 610 Mio DM gesteigert werden konnten. Maßgeblicher Faktor waren die Einnahmen aus Steuern und ähnlichen Abgaben, die um 15 % auf 1 078 Mio DM zunahmen.

Größter Posten auf der Ausgabenseite waren die Personalkosten mit 837 Mio DM; ihr Zuwachs konnte mit 2,1 % recht niedrig gehalten werden. Den höchsten Anstieg verursachten die Zinsauf-

wendungen (+20 %), die mit 232 Mio DM zu Buche schlugen. Weniger ausgegeben wurde dagegen für laufende Zuweisungen und Zuschüsse (— 14 % auf 409 Mio DM), wie z.B. zur Stärkung der saarländischen Wirtschaftskraft, und auch in der (vermögenswirksamen) Kapitalrechnung (— 1,6 % auf 285 Mio DM).

Wegen der günstigen Einnahmen-/Ausgabenentwicklung konnte die Neuverschuldung im Vergleich zu den Vorjahren deutlich reduziert werden. Trotzdem kletterte der Schuldenstand des Saarlandes zur Jahresmitte 1984 auf 6 183 Mio DM und lag damit um 13 % über dem Vorjahreswert.

Saarland mit Kindergartenplätzen gut versorgt

Nach der am 1. März 1984 durchgeführten Erhebung der Kindertageseinrichtungen gab es nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes im Saarland 408 Kindergärten mit 28 389 genehmigten Plätzen, die von 27 669 Kindern tatsächlich belegt waren, 27 Kinderhorte, Kinderkrippen und Krabbelstuben mit 680 Kindern. In 14 weiteren Einrichtungen wurden 245 behinderte Kinder betreut.

Insgesamt waren 2 335 Personen in den Kindergärten erzieherisch tätig, davon nach der fachlichen Ausbildung: 8 Lehrer und Sozialpädagogen, 1 097 Erzieherinnen, 713 Kinderpflegerinnen bzw. Kinderkrankenpflegerinnen, 159 Praktikanten sowie 358 nicht ausgebildete Kräfte und Vorpraktikanten. Während im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der betreuten Kinder um 614 oder 2,3 % leicht anstieg, wurden 83 bzw. 3,7 % mehr Erziehungspersonal ermittelt.

Weniger Konkurse im Saarland

Im ersten Halbjahr 1984 wurden im Saarland insgesamt 126 Konkurse gemeldet; das sind 30 Insolvenzfälle weniger als in der ersten Hälfte 1983. Besonders günstig verlief die Entwicklung im Unternehmensbereich, wo die Zahl der Insolvenzen von 120 auf 95 zurückging. Hinzu kommen 31 Fälle (im Vorjahr 36), in denen private Schuldner zahlungsunfähig wurden.

Die meisten Unternehmenskonkurse betrafen den Handel (26), sodann das Verarbeitende Gewerbe (23) und den Bausektor (21). In fast allen Sparten ist jedoch eine Besserung eingetreten. Bezeichnend für die Folgewirkungen der jüngsten Rezession ist die Tatsache, daß der Anteil der jungen Unternehmensgeneration zurückging, während ältere Firmen stärker als bisher von der Konkurswelle erfaßt wurden. Aber immer noch haben rund drei von vier gescheiterten Unternehmen weniger als acht Jahre bestanden.

Von den 126 beantragten Konkursverfahren konnten nur 18 eröffnet werden; alle anderen Anträge mußten mangels Masse abgelehnt werden. Der finanzielle Schaden dürfte im ersten Halbjahr 1984 beträchtlich höher sein als im gleichen Vorjahreszeitraum, denn die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen stiegen um fast 90 % auf 74 Mio DM an.

15 587 Angeklagte rechtskräftig abgeurteilt

Im Jahre 1983 wurden von den ordentlichen Gerichten des Saarlandes 15 587 wegen Straftaten angeklagte Personen rechtskräftig abgeurteilt. Für 13 422 Angeklagte (86,1 %) endete das Verfahren mit einer Verurteilung, in 725 Fällen (4,7 %) lautete die Entscheidung auf Freispruch, und 1 440 Fälle (9,2 %) wurden durch Verfahrenseinstellung oder sonstige Entscheidung abgeschlossen. Wie das Statistische Landesamt weiter mitteilt, hat gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Abgeurteilten um 4,2 % zugenommen.

Während bei den Erwachsenen die Zahl der Verurteilten gegenüber dem Vorjahr um 5,5 % auf 10 296 stieg, blieb die Zahl bei den Heranwachsenden mit 1 850 und den Jugendlichen mit 1 276 fast unverändert.

Knapp die Hälfte aller Verurteilungen insgesamt (6 375) entfielen auf Straftaten im Straßenverkehr. Wegen Diebstahls und Unterschlagung wurden 2 830 Straffällige verurteilt, darunter 1 253 Jugendliche und Heranwachsende nach dem Jugendstrafrecht.

Weitere Informationen können dem Statistischen Bericht „Rechtskräftig Abgeurteilte und Verurteilte 1983“ entnommen werden, der in Kürze erscheint.

916 Strafgefangene im Saarland

Insgesamt befanden sich Anfang 1984 in den 4 Justizvollzugsanstalten (JVA) des Saarlandes 916 Gefangene. Eine Freiheitsstrafe verbüßten 645, während sich 271 Personen in Untersuchungshaft befanden. Ende März 1984 waren nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes 560 Strafgefangene zu Freiheitsstrafen und 238 zu Jugendstrafen verurteilt.

Diebstahl und Unterschlagung waren der Haftgrund für über ein Drittel der Strafgefangenen, gefolgt von Raub und Erpressung (17,4 %), Betrug und Untreue (6,6 %), Straßenverkehrsdelikten (6,3 %), Rechtswidrigkeiten nach dem Betäubungsmittelgesetz (6,1 %), Körperverletzung (6,1 %) und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (5 %). Wegen vollendeten Mordes saßen 30, wegen Totschlags 29 Strafgefangene ein.

Weitere Informationen können dem Statistischen Bericht „Strafvollzug im Saarland 1983/84“ entnommen werden, der in Kürze vom Statistischen Landesamt herausgegeben wird.

Jeder zehnte Kommunalpolitiker ist eine Frau

Bei den Kommunalwahlen 1984 waren im Saarland 5 220 Sitze in Kreistagen, Stadtverbandstag, Gemeinderäten und Ortsräten zu vergeben. 90,2 % (4 711 Mandate) der Sitze wurden von Männern und 9,8 % (509 Mandate) von Frauen belegt.

Auf die einzelnen Wahlen aufgeteilt, ergibt sich folgendes Bild: Die Kreistags- (Stadtverbands)-Mitglieder und Gemeinderatsmitglieder setzten sich je zu 91,2 % aus männlichen und zu 8,8 % aus weiblichen Mandatsträgern zusammen. Bei den Ortsratswahlen entfielen 10,4 % der Sitze auf Frauen.

Gegliedert nach Parteien, unterscheidet sich die Struktur der Kommunalpolitiker bei den beiden großen Parteien in Bezug auf ihr Geschlecht nur wenig. 9,8 % der gewählten CDU-Politiker waren Frauen, bei der SPD lag dieser Wert bei 10,2 %. Für die F.D.P. hingegen sind nur 5,3 % ihrer

Mandatsträger in den Kommunalparlamenten Frauen. Deutliche Akzente setzten die GRÜNEN mit 17,5 % weiblichen Kommunalparlamentsmitgliedern.

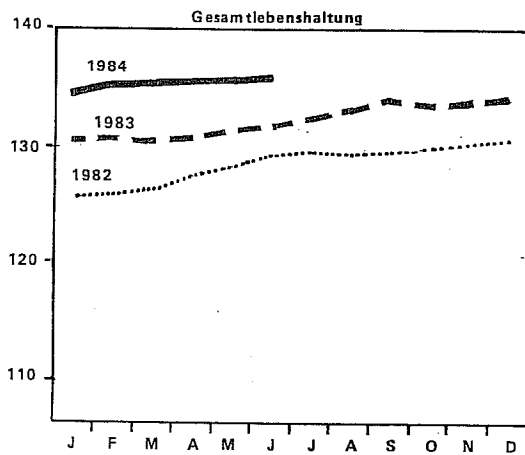
In den ersten 7 Monaten 1984 weniger Verunglückte im Straßenverkehr

Im Juli 1984 ereigneten sich 2 535 Verkehrsunfälle auf den saarländischen Straßen; davon hatten 1 877 oder 74 % nur Sachschaden zur Folge, während bei den 658 Unfällen mit Personenschaden 14 (Juli 1983: 19) Verkehrsteilnehmer getötet, 195 (271) schwer und 667 (638) leicht verletzt wurden.

Die Gesamtzahl der Unfälle hat sich sowohl gegenüber Juni 1984 (— 2,0 %) als auch im Vergleich zum Vorjahresmonat (— 0,7 %) verringert. Im bisher abgelaufenen Jahr 1984 wurden 18 741 Straßenverkehrsunfälle polizeilich aufgenommen. Davon waren vier Fünftel oder 15 038 reine Sachschadensfälle (einschließlich der Bagatellunfälle) und 3 703 Personenschadensfälle. Seit Jahresbeginn wurden 105 (Jan. - Juli 1983: 108) Verkehrsteilnehmer getötet, 1 134 (1 357) schwer und 3 668 (3 683) leicht verletzt.

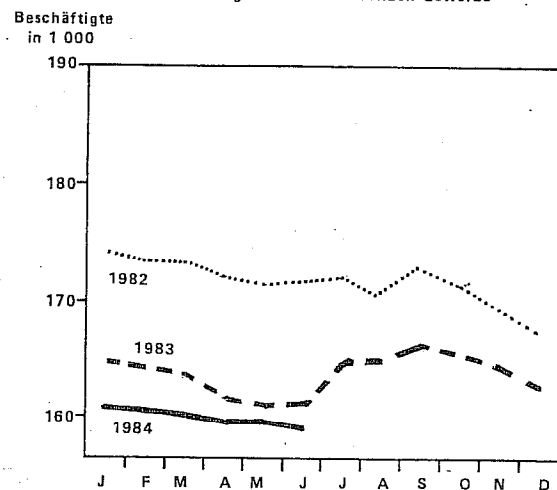
Die Zahl der insgesamt aufgenommenen Unfälle hat sich im Vergleich zum Zeitraum Januar bis Juli 1983 um 3,8 % erhöht, was auf der um 5,1 % gestiegenen Zahl der Sachschadensfälle beruht. Demgegenüber wurden um 1,4 % weniger Unfälle, bei denen Personen zu Schaden kamen, ermittelt. Auch die Zahl der Verunglückten lag mit 4 907 gegenüber 5 148 in den ersten sieben Monaten 1983 (— 4,7 %) deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁾
1976 = 100



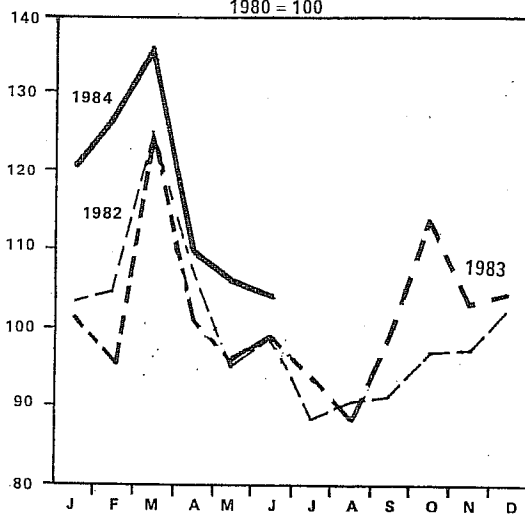
1) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen

Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe ¹⁾



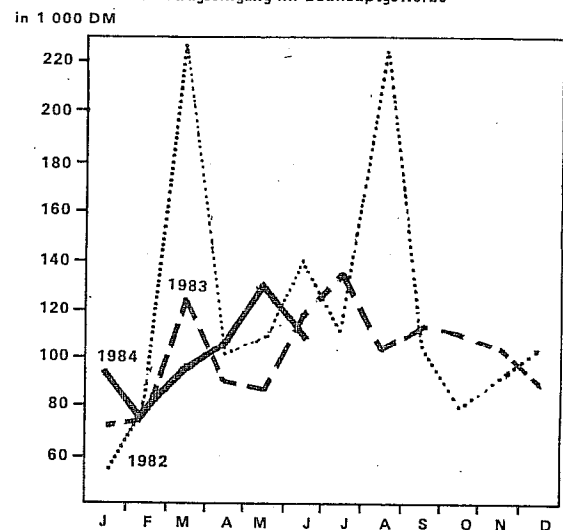
1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ¹⁾
1980 = 100



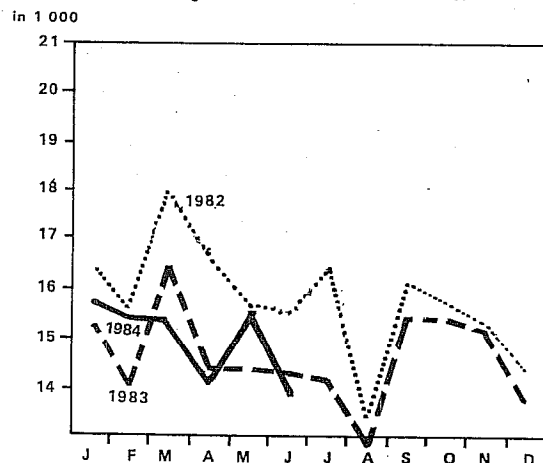
1) Ohne Nahrungs- und Genüßmittelgewerbe

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ¹⁾

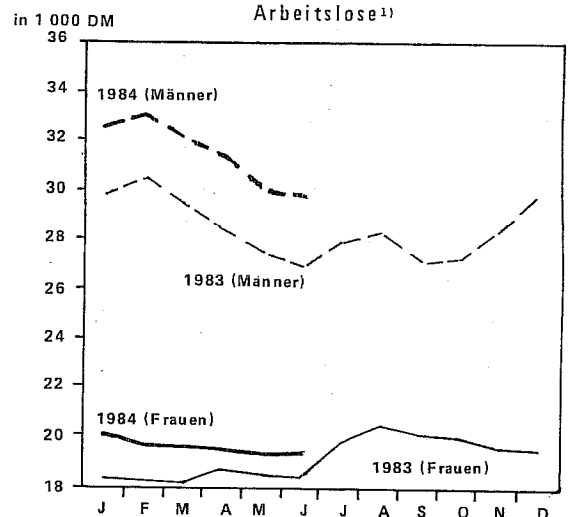


1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Geleistete Arbeiterstunden
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



Arbeitslose ¹⁾



1) nach Angaben des Landesamtes für Statistik Rheinland-Pfalz-Saarland

Zur Wirtschaftslage

Das erste Halbjahr 1984 stand sowohl im Bundesgebiet als auch im Saarland im Zeichen der seit zwei Jahren langsam anziehenden Konjunktur. Das bereits Ende 1982 gebesserte Geschäftsklima führte im Bundesgebiet schon 1983 zu steigenden Produktionszahlen. Auch die ersten sechs Monate des laufenden Jahres wurden von dem begonnenen Expansionskurs geprägt. Die streikbedingten Produktionsausfälle überlagerten jedoch im Juni die mittelfristige Konjunkturentwicklung und sorgten für Irritationen über den künftigen Verlauf. Nachdem im Vorjahr das Bruttoinlandsprodukt real um nicht ganz 1 % gestiegen war, wird dieses Jahr von einer höheren Wachstumsrate ausgegangen.

Im Saarland kam, infolge der Probleme des Montankerns, die bundesweite Belebung nur sehr schleppend voran. Die Produktionszahlen zogen mit einiger Verspätung ausgangs letzten Jahres an und setzten auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres ihren Expansionskurs weiter fort. Das Bruttoinlandsprodukt des Saarlandes ging 1982 um 2,1 % und 1983 um 1,1 % zurück und fiel damit unter das Niveau des Jahres 1980. Von diesem niedrigen Wert startend, ist für die ersten sechs Monate von einer über dem Bundesdurchschnitt liegenden Wachstumsrate auszugehen.

Angesichts der tiefen Rezession der bundesdeutschen Wirtschaft und der nur langsam anziehenden Produktionszahlen war realistischer Weise zunächst noch keine Entlastung am Arbeitsmarkt zu erwarten. Erst bei weiterer Festigung des Wachstumstrends dürften die Betriebe in größerem Umfang zu Neueinstellungen übergehen. Ende Juni waren im Bundesgebiet 2 112 596 Arbeitslose registriert bei einer Arbeitslosenquote von 8,5 %. Im Saarland waren im Juni 1983 45 693 und im Juni 1984 49 070 Personen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote stieg von 11,7 % auf 12,1 %. Die Zahl der offenen Stellen erhöhte sich geringfügig von 916 auf 1 037.

Die Stabilisierung des Geldwertes machte 1984 weitere Fortschritte. Der Verbraucheranstieg belief sich im Juni, bei weiter fallender Tendenz, nur noch auf 2,8 %. Auch die Preisanhebungen am Bau fielen bescheiden aus, was angesichts der hier kritischen Situation nicht überraschend ist. Der Auftragseingang der Industrie als Frühindikator der Wirtschaftsentwicklung blieb auf hohem Niveau, wobei im Bundesgebiet sich der Anstieg leicht verlangsamte. Von der Nachfrageentwicklung her kamen die Impulse stärker aus dem Auslands- als aus dem Inlandsgeschäft.

Die heimlichen Volkszählungen¹⁾

Bei diesem Beitrag handelt es sich um die schriftliche Fassung eines Vortrages, den der Autor, Ministerialrat im Bundesministerium für Verkehr, vor den Teilnehmern des wöchentlich stattfindenden Kolloquiums im Statistischen Landesamt Berlin gehalten hat. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung sollen die Ausführungen einem größeren Leserkreis vorgestellt werden.

Vorbemerkung

Wie viele andere Rechtsgrundlagen, die kurz nach dem Krieg geschaffen wurden, war auch das „Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke“ von der Idee getragen, den Wiederaufbau der Verwaltung bei Bund und Ländern zu besonders fortschrittlichen Lösungen zu nutzen. Kaum ein anderes Land in der Welt, das so viel Mühe darauf verwendete, mit sorgfältig überdachten Regelungen eine reibungslose Organisation der Statistik sicherzustellen und jeden Mißbrauch auszuschließen.

Es ist eine Frage des Standpunkts, wie man zu den Prinzipien der amtlichen Statistik steht. Zum Teil haben sie sich bewährt, zum Teil nicht. Sie sind jedenfalls Ursache für manche Eigenart der amtlichen Statistik, die Befürworter und Gegner auf den Plan ruft. Diejenigen, die mit der Statistik arbeiten, also die Konsumenten, sind ihre kritischsten Beobachter. Der Blick schärft sich mit zunehmender fachlicher Nähe. Und so sind es denn vor allem die Bundesressorts, die im ständigen Kontakt mit den Statistischen Ämtern, vor allem mit dem Statistischen Bundesamt, am deutlichsten die Eigenarten der amtlichen Statistik als Vor- und Nachteile zu spüren bekommen, um die es im folgenden geht.

Vor- und Nachteile der amtlichen Statistik

Ihre beste Eigenschaft ist noch ihre Genauigkeit. Ganz exakt und genau ist zwar keine Statistik, aber amtliche Statistiken sind dank der Auskunftspflicht, ihres Erhebungsumfanges, einer

meist ausgefeilten und erprobten Methodik und nicht zuletzt dank der soliden Ausbildung derjenigen, die solche Erhebungen durchführen, im allgemeinen so genau wie möglich — mindestens aber ausreichend genau.

Ihre zweitbeste Eigenschaft ist ihre Verbindlichkeit. Die amtliche Statistik kann dieses Prädikat aufgrund ihrer Verpflichtung zur Objektivität und Neutralität in Anspruch nehmen. Unabhängig von der Frage, ob die Statistik die Wirklichkeit exakt abgebildet hat oder nicht, überdeckt das Siegel der Amtlichkeit manche Unzulänglichkeiten: die tatsächlichen und die vermeintlichen.

Für die politische Willensbildung und für streitige Argumentationen hat dies den nicht zu unterschätzenden Vorteil, daß alle Beteiligten mit den gleichen Zahlen operieren. Die Daten aus der amtlichen Statistik werden im Gegensatz zu anderen Zahlen, die gelegentlich aus der Tasche gezogen werden, kaum dem Verdacht ausgesetzt, sie dienten dazu, Positionen bestimmter politischer Gruppierungen opportunistisch untermauern zu wollen.

Ihre drittbeste Eigenschaft aus der Sicht von Bonn auf Wiesbaden ist die Serviceleistung zum „Null-Tarif“. Selbst dann, wenn die Durchführung einer Statistik beim Statistischen Bundesamt und bei den Statistischen Landesämtern Millionenbeträge notwendig machen sollte, wird dasjenige Ressort, das für diese Statistik den entscheidenden Anstoß gab, nie zur Kasse gebeten.

Die Nachteile der amtlichen Statistik beginnen mit ihrer säumigen Berichterstattung. Genauigkeit und Schnelligkeit schließen sich offenbar gegenseitig aus. Es gab Fälle, bei denen die Ergebnisse erst 4 Jahre nach Abschluß der Erhebungen vorlagen. Die Ursachen liegen dabei selten beim Statistischen Bundesamt, sondern meist bei den Statistischen Landesämtern. Bei der gegebenen Konstellation der föderativen Arbeitsteilung ist die amtliche Statistik immer nur so schnell, wie das langsamste Statistische Landesamt.

1) Auszug aus: „Berliner Statistik“ 2/84

Ein weiterer Nachteil der amtlichen Statistik: ihre mangelnde Flexibilität. Im allgemeinen besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem, was auf der Grundlage der erhobenen Einzelinformationen ausgewertet werden könnte, und dem, was tatsächlich ausgewertet wird. Ad-hoc-Auswertungen, die über das übliche Maß an tabellarischen Übersichten hinausgehen, können oft aus Gründen der beschränkten Kapazität des Behördenapparates nicht durchgeführt werden.

Datengrundlage für die Planung von Verkehrsinvestitionen in Milliardenhöhe lückenhaft

Die nächste Schwachstelle: die lückenhafte Datendarbietung. Wer immer der Meinung ist, es gebe zu viele Statistiken, der sollte sich die Mühe machen, einmal festzustellen, wie es mit dem statistischen Gesamtbild auf dem Gebiet des Verkehrs bestellt ist. Hier wird nur gezählt, was es mehr oder weniger zufällig an Papieren gibt: Fahrscheine, Flugtickets, Fahrkarten, Frachtbriefe und Verkehrsunfallanzeigen.

Die Datendecke ist entsprechend lückenhaft. Für 80 % der an sich notwendigen Informationen auf dem Gebiet des Personenverkehrs, nämlich für den motorisierten Individualverkehr, gibt es keine Statistiken. Es ist nicht viel, was man mit dem Rest anfangen kann, wenn es darum geht, die Milliardenbeträge für den Aus- und Neubau der Verkehrswege mit hieb- und stichfesten Zahlen zu begründen.

Es hat durchaus nicht an Bemühungen gefehlt, solche Lücken zu schließen. Es gab das Vorhaben einer bundesweiten Befragung von einigen Promille der Haushalte zur erstmaligen Durchleuchtung der Erklärungsgründe für den Personenverkehr. Es gab das Vorhaben einer Mikrozensus-Erhebung über Zahl und Ausnutzung der Führerscheine. Es gab das Vorhaben einer aktualisierten Bestandsaufnahme der Straßen in den Gemeinden. Es gab das Vorhaben einer repräsentativen Pkw-Halter-Befragung über die Fahrleistungen ihrer Autos, und natürlich die Volkszählung.

Bemühungen, aber kein Erfolg. Die Initiativen der letzten 10 Jahre scheiterten alle irgendwo: bei der Ressortabstimmung, im Bundesrat, im

Bundestag oder sonstwo. Seit den 70er Jahren läuft überhaupt nichts mehr.

Dieselben Statistik-Projekte, die einige Jahre zuvor in Fachaufsätzen als wertvolle und unverzichtbare Ergänzungsbausteine zum statistischen Gesamtbild bejubelt wurden, stießen nun auf eine konzertierte Abwehrhaltung, an der sich die statistischen Ämter ebenso beteiligten, wie ihre Dienstaufsichtsbehörden, die obersten Finanzbehörden und schließlich auch die Mehrheiten in Bundesrat und Bundestag. Der Zwang zur Sparsamkeit und zur Rationalisierung änderte allmählich auch den Sprachgebrauch. War früher von der notwendigen „Ergänzung“, „Vervollständigung“ und „Harmonisierung“ der Statistik die Rede, so waren es nun Schlagworte wie „durchforsten“ und „ausmisten“, die das öffentliche Handeln bestimmten. Und es gab schließlich als Summe dieser Bemühungen das „Erste Statistik-Bereinigungsgesetz“.

Was die einen als gefundenen Auftakt zu weiteren Bereinigungsaktionen feierten, gab den anderen Veranlassung, darüber nachzudenken, wie man ohne Statistik auskommen kann. Indes, viel nachzudenken gibt es nicht: entweder man kann auf die Statistik verzichten oder man kann es nicht.

Ergebnis der sogenannten Statistikbereinigung fragwürdig, kein Verzicht

Das Bundesverkehrsministerium (BMV) kann z.B. nicht verzichten. Seine Aufgabe besteht unter anderem darin, einen zweistelligen Milliardenbetrag für den Aus- und Neubau der Verkehrswege zu verwalten, eine Aufgabe, der man schlecht nachkommen kann, wenn man nicht weiß, was sich abspielt auf den Straßen, auf den Schienen und in der Luft.

Hier sind sogar Informations- und Entscheidungshilfen von großer Genauigkeit gefordert. Was von der Verkehrsverwaltung nicht selbst analysiert, prognostiziert und bewertet werden kann, wird von draußen zugearbeitet. Das BMV verfügt dafür über einen Forschungsetat von rund 30 Millionen DM. Nur eben: was nutzt die ganze Forschung, wenn es an fundamentalen

analytischen Erkenntnissen über die Verkehrserzeugung und -verteilung fehlt.

Die Lösung des Problems ließ nicht lange auf sich warten: wenn nicht die amtliche Statistik, dann eben eine andere. Es bestätigte sich hier wie anderswo, daß überzogene Restriktionen ungewollte Nebeneffekte hervorbringen. Die amtliche Statistik bekam einen nichtamtlichen Konkurrenten. Ein zehnjähriger Wachstums- und Anpassungsprozeß hat in aller Öffentlichkeit eine ganze Branche entstehen lassen, deren Geschäft es ist, statistische Erhebungen durchzuführen.

Es sind dies Firmen, die schon auf dem Gebiet demoskopischer Umfragen bestens eingeführt sind. Hinzu kommt eine Vielzahl von Ingenieurbüros als Anbieter ganzer Dienstleistungspakete für Zwecke der Verkehrs- und Regionalplanung. Und schließlich als ausgesprochene Profis auf diesem Gebiet: Befragungsfirmen mit dem Anspruch einer sozialempirischen Fachreputation.

Im Umgang mit solchen Firmen reduzieren sich die für die amtliche Statistik geltenden Grundsätze und Prinzipien auf ein simples Vertragsverhältnis zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Weil es um Befragungen geht, wird man die Datenschutzbestimmungen beachten müssen. Ansonsten interessiert es kaum jemanden. Die Statistik wird gewissermaßen zu einer reinen Geldfrage. Und Geld ist da: bei den Millionen aus den Forschungsmitteln kann man schon allerhand zählen lassen.

- Hatte er es vorher mit Stellen und Ausschüssen zu tun, bei denen er als Bittsteller auftreten mußte, so wird er jetzt zum hofierten Kunden, der auch hier König ist.
- Fühlte er sich früher gequält von Kollegen aus anderen Ressorts und von Vertretern der „pluralistischen Gesellschaft“, die bei allem und jedem mitreden wollten, so hat er jetzt ganz allein das Sagen.
- War er früher gewohnt, Dienst nach Vorschrift zu erleben und von den Statistiken zu hören, daß dies und jenes nicht ginge, so erlebt er jetzt als Folge des Konkurrenzkampfes der Anbieter wahre Wunder an methodologischen Innovationen.

— Wagte er früher kaum, Ergebnis-Tabellen beim Statistischen Bundesamt anzumahnen, weil dies als unbotmäßige Kritik am föderativen Verfassungsprinzip ausgelegt werden konnte, so wird er jetzt gefragt, wann und wie er die Ergebnisse haben will.

— War er früher gelegentlich entnervt von Auswüchsen einer übertriebenen Amtspedanterie, wenn es um Fragen der Weiterleitung von anonymisierten Einzelangaben für Zwecke wissenschaftlicher Auswertung ging, so ist dies nun kein Thema mehr. Stellt sich diese Frage doch einmal, so ist man gemeinsam um eine flexible Auslegung der einschlägigen Vorschriften bemüht.

Amtliche Statistik ohne Chancen gegenüber nichtamtlicher Statistik

Die Unterschiede fallen so deutlich aus, daß man der amtlichen Statistik kaum noch Chancen geben mag, wenn sie — gesetzt den Fall — mit der nichtamtlichen, privatisierten Statistik einmal konkurrieren wollte.

Der Referatsleiter im Bundesverkehrsministerium, der eingedenk seiner Aufgaben darüber nachdenken muß, wie die unabweisbare Aktualisierung der fast dreißig Jahre alten Zahlen über die Anzahl und die Ausnutzung der Führerscheine in der Bundesrepublik bewerkstelligt werden soll, würde sich theoretisch entscheiden können zwischen der amtlichen Statistik und der nichtamtlichen.

Im ersten Falle würde dies einen rhetorischen Überzeugungsaufwand von zwanzig schwierigen Verhandlungen mit den unterschiedlichsten Stellen und die Geduld einer halben Legislaturperiode bedeuten, bis die statistischen Behörden den ersten Fragebogen verschicken. Im anderen Fall reichen seine Unterschrift im Forschungsvertrag und die Androhung der Zurückhaltung der Forschungsmittel, um sich darauf verlassen zu können, schon in einem halben Jahr die ersten Ergebnisse zu bekommen.

Es kann nun eigentlich keinen mehr wundern, daß die nichtamtliche Statistik die amtliche auf manchen Gebieten längst überrundet hat. Dies

gilt vor allem für solche Erhebungen, die das Mobilitätsverhalten als Erklärungsgrund für den Personenverkehr zum Inhalt haben und im wesentlichen auf das Grundmuster der Volkszählung hinauslaufen. Es sind dies Haushaltsdaten, Personendaten und Wegedaten.

Permanente Volkszählungen, unabgestimmt, im Miniformat; nur von Wenigen nutzbare Daten

Der Fragebogen der Volkszählung ist freilich eine Bagatelle verglichen mit dem, was bei einer typischen Haushalts-Verkehrs-Erhebung erfragt wird. Die Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen empfiehlt in ihrem „Merkblatt über die vereinheitlichten Haushaltsfragebogen für Verkehrserhebungen“ für alle erwachsenen Haushaltsmitglieder eine genaue Aneinanderreihung ihrer Fahrten und Wege für die Dauer mehrerer Tage und jedesmal mit den Fragen

- von wo nach wo?
- mit welchem Verkehrsmittel?
- zu welchem Zweck?
- und wann?

Zwei andere Unterschiede zur Volkszählung wird man allerdings auch nennen müssen:

- Es handelt sich durchweg um Stichproben im Mini-Format, wenn sie nicht überhaupt schon auf das Erhebungsgebiet einer einzigen Stadt oder Region beschränkt sind,
- und die Beantwortung der Fragen ist freiwillig.

Nun trotzdem: es gibt soviel davon, daß eine mehr als dreihundertseitige Datenblattsammlung der Zentralen Informationsstelle für Verkehr bei der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft gerade ausreicht, um einen Teil der innerhalb eines einzigen Jahres durchgeführten Verkehrserhebungen bei Bund, Ländern und Gemeinden zu dokumentieren.

Im Grunde genommen findet in aller Stille eine permanente Volkszählung statt. Indes, jeder zählt für sich allein:

- die Städte, wenn es gilt, ihre Stadt- und Verkehrsplanung fortzuschreiben,

- die Länder mit flächendeckenden Erhebungen, bei denen manchmal eine Million Menschen und mehr befragt werden,
- und schließlich auch der Bund, sei es, daß er sich für Zwecke der Fortschreibung des Bundesfernstraßen-Bedarfsplanes an den Länder-Erhebungen beteiligt, sei es, daß er eigene, bundesweite Haushaltsbefragungen durchführt. Das Fachkürzel dafür heißt KONTIV (kontinuierliche Verkehrsbefragung).

Für einen Bruchteil der Mittel, die dafür insgesamt ausgegeben werden, könnte man natürlich auch den statistischen Behördenapparat in Schwung bringen und dieselben Hausbefragungen von ihm durchführen lassen. Und man könnte schließlich den größten Teil dieser Erhebungen ganz überflüssig machen, wenn man sich entschlösse, die Volkszählung — wenn sie einmal durchgeführt werden sollte — um ein paar Merkmale zu erweitern. Aber niemand hat ein Interesse daran:

- die amtlichen Statistiker nicht, die immer noch über das „Ausforsten“ vermeintlich überflüssiger Statistiken nachdenken müssen,
- die Auftraggeber nicht, solange sie über ausreichende Forschungsmittel verfügen,
- und die Befragungsinstitute nicht, weil sie nicht arbeitslos werden wollen.

Amtliche Statistik ohne politischen Anwalt

Gäbe es jemanden, der Mut und Mandat hätte, sich zum Anwalt für die amtliche Statistik zu machen, so könnte man ihm neben dem Hinweis auf die überhöhten Ausgaben von Steuergeldern auch noch andere Argumente an die Hand geben.

Da ist zum einen die allmähliche Rückentwicklung der statistischen Methodologie durch unzureichende Erfahrungen und Vorkenntnisse von Firmen, die solche Erhebungen zum ersten Mal durchführen. Auch Statistik will gelernt sein. Bei der amtlichen Statistik gibt es Fachausschüsse und Arbeitskreise, die nicht selten Wochen damit zubringen, einem Fragebogenmuster den letzten Schliff zu geben. Die Ingenieure in den Planungsbüros werden sich damit nicht lange aufhalten können, und das „Merkblatt über die vereinheitlichten Haushaltsfragebogen für Verkehrserhebungen“ ist auch nicht überall bekannt.

Zum zweiten gibt es manche zwielichtige Praktiken bei der Adressenauswahl. Eigentlich müßten die ausgesuchten Haushalte den Querschnitt aller Haushalte repräsentieren. Indes, vor Ort sieht alles anders aus. Schwach, wie Menschen sind, wenn die Mühen groß werden, läßt der Student, der als Interviewer angeworben wurde, schon mal alle Fragebogen, die er bei sich hat, in einem einzigen Hochhaus ab, statt wie vorgesehen, 20 Haushalte in 20 verschiedenen Ecken der Stadt aufzusuchen. Wegen des Datenschutzes kann das sowieso keiner nachprüfen.

Zum dritten sind dies die bedenklich geringen Befragungserfolge. Befragungsfirmen, die Anschlußaufträge akquirieren müssen, werden nur ungern mit der Wahrheit herausrücken. Eine hohe Rücklaufquote, von der man behauptet, daß man sie üblicherweise erreicht, ist ein billiger Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Firmen, die ehrlicher sind.

Die „Dokumentation der Verkehrserhebungen von Bund, Ländern und Gemeinden“ belegt nach eigenen Angaben der Befragungsinstitute Rücklaufquoten zwischen 7 und 100 %. Guter Durchschnitt sind 35 %. Der Verdacht auf phantasiereiche, gleichwohl unnachprüfbare Erfolgsbehauptungen beginnt bei 60 %.

Im übrigen: kommen die Fragebogen, die man verteilt oder verschickt hat, tatsächlich ausgefüllt zurück, so müßte man sie eigentlich nun noch einmal sortieren nach „brauchbar“ und „unbrauchbar“. Bei jeder Befragung gibt es statistische Saboteure oder Spaßvögel, die statt Antworten Blödeleien von sich geben, z.B. „aufrechtsitzend am Schreibtisch“ auf die Frage „Stellung im Beruf“.

Die Aufbereitungsmethoden mögen noch so pfiffig sein, sie können nichts ausrichten, wenn von der ohnehin sehr klein dimensionierten Stichprobe nun kaum noch etwas übrig bleibt. Wo keine „statistische Masse“ zusammenkommt, läßt sich auch nichts „signifikant“ auswerten. Die amtlichen Statistiken würden einem das vor der Erhebung sagen und erst gar nicht anfangen. Der Vertreter der kommerziellen Branche denkt da anders: besser ein unsinniger Auftrag als gar keiner. Wer wollte ihm das verdenken?

Kompletter Unsinn wird freilich nie herauskommen. Wer immer den Auftrag bekommt, die durchschnittlichen Jahresfahrleistungen der Personenkraftwagen durch eine Haushaltsbefragung zu ermitteln, wird vor der Preisgabe seiner Ergebnisse ein paar Plausibilitätsüberlegungen anstellen. Der Jahresabsatz an Benzin, dividiert durch die Zahl der zugelassenen Personenkraftwagen mal durchschnittlichem Benzinverbrauch ergibt schon mal einen ersten Anhaltspunkt.

Indes, was soll das?

Wer bei der Verwertung solcher Informations- und Entscheidungshilfen nicht mehr sicher ist, wo die empirisch gesicherten Tatbestände aufhören und die bloße Vermutung anfängt, kann sich nicht mit der schrecklichen Dummheit beruhigen, daß eine schlechte Statistik immer noch besser sei, als gar keine.

Von Rechts wegen müßte man solche Erhebungsflops zur Seite tun und sich zu ihrem Mißerfolg bekennen. Die Dinge werden nicht besser, wenn man solche Ergebnisse zu Prognosen aufmotzt und womöglich Investitionsentscheidungen damit begründet.

Nicht alle Befragungsinstitute gehören in diesen Topf. Mit der Zeit spricht sich herum, wer seriös und wer unseriös arbeitet. Aber selbst die besten unter ihnen könnten nicht mit der amtlichen Statistik konkurrieren, wenn diese sich nur mit halb soviel Elan für solche Dienstleistungen anböte.

Schlußbemerkung

Vier Dinge wenigstens sollten geschehen:

1. Der weitere Abbau von amtlichen Erhebungen, die bisher regelmäßig oder in größeren Zeitabständen durchgeführt wurden, sollte gestoppt werden, wenn abzusehen ist, daß man die Statistiken dadurch nicht abschafft, sondern nur auf die kommerzielle Branche verlagert.
2. Auf die heimlichen Volkszählungen sollte überall dort verzichtet werden, wo eine ange-

messene Erweiterung des Merkmalskatalogs der echten Volkszählung die billigere und vernünftige Alternative wäre.

3. Die Dienstaufsichtsbehörden der statistischen Ämter in Bund und Ländern sollten stärker ihre Verantwortung in der Fürsorgepflicht gegenüber der amtlichen Statistik erkennen. Im Interesse einer leistungsfähigen, gleichwohl aber auch öffentlich kontrollierbaren Statistik sollten sie sich mit allem Nachdruck einsetzen

- für eine bessere Finanz- und Personalausstattung,
- für einen größeren, selbständigen und entbürokratisierten Handlungsspielraum
- und für eine spürbar bessere Imagepflege der statistischen Behörden.

4. Diejenigen, die für Ihre Arbeit auf Informationen angewiesen sind, sollten die Gefahr erkennen, daß eventuell die überregional und bundesweit verfügbaren Statistikdaten auf der Strecke bleiben. Vergleichende Analysen für Bund, Länder und Gemeinden wären nur noch mit sehr hohem Aufwand möglich.

Es wird höchste Zeit, etwas zu tun, denn es gibt immer mehr Stimmen, die das öffentliche Meinungsspektrum mit dem Vorschlag bereichern, die amtliche Statistik ganz abzuschaffen. Warum auch nicht: „das wichtigste, was man so an Zahlen braucht, steht doch sowieso im Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland“.

Wilfried Legat
Bundesministerium für Verkehr

Probleme der flächenerfassenden Statistiken am Beispiel der Agrarstatistiken

EINLEITUNG

1. Bodennutzungsvor- und -haupteerhebung

1.1 Gegenüberstellung der Methoden und Entstehung des Strukturbruchs

1.2 Die Bedeutung des Strukturbruchs in der Agrarstatistik

1.3 Die Größe des Sprunges in den Zeitreihen

1.4 Probleme beim Vergleichen der Zahlen

1.5 Eine exakte Vergleichsmöglichkeit

1.6 Der Bruch in anderen Bundesländern

2. Bodennutzungsvor- und Flächenerhebung

2.1 Allgemeines

2.2 Zur Vergleichbarkeit der Ergebnisse

2.3 Neue Aspekte

ZUSAMMENFASSENDE BETRACHTUNG

EINLEITUNG

Den ersten Anstoß zu dieser Abhandlung lieferte eine Anfrage an das Landwirtschaftsreferat des Statistischen Amtes. Ein Benutzer unserer Veröffentlichungen hatte entdeckt, daß im Bericht zur Bodennutzungshaupteerhebung 1981 (C I 1 j 1981) eine landwirtschaftlich genutzte Fläche für das Saarland von rund 71 000 ha angegeben war, der Bericht zur Flächenerhebung 1981 (C I S 1981) dagegen eine Landwirtschaftsfläche von ca. 123 500 ha auswies. Der verunsicherte Konsument wollte nun wissen, welche Zahl die „richtige“ sei.

Eine einfache Frage! — Aber die Antwort ist recht schwierig und setzt die genaue Kenntnis des gesamten Systems der flächenerfassenden Statistiken, die Teile der amtlichen Agrarstatistik bilden, voraus. Der einfachste Punkt der Antwort lautet, daß die „Landwirtschaftsfläche“

der Flächenerhebung auch das Brachland umfaßt, die „landwirtschaftlich genutzte Fläche“ der Bodennutzungshaupteerhebung dagegen nicht.

Noch bevor die gründliche Erläuterung der weiteren Zusammenhänge, welche für eine sinnvolle Interpretation des veröffentlichten Zahlenmaterials unabdingbar ist, auch der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnte, erfolgte der zweite Anstoß zur ausführlichen Behandlung dieser Problematik — und zwar durch ein kritisches Schreiben der saarländischen Landwirtschaftskammer. Infolge einer Änderung des Erhebungsverfahrens weisen die Zeitreihen der Ergebnisse der Bodennutzungserhebungen einen Bruch auf, der das Verständnis der Zahlen erschwert.

Tabelle 1 zeigt deutlich den Sprung von 1978 auf 1979. Alle Flächen nahmen — teils beträchtlich — überdurchschnittlich stark ab. Dieser Rückgang besteht jedoch zum größten Teil nur auf dem Papier und ist durch eine Einschränkung des Erfassungsbereichs bedingt. Aus diesem Grunde sind die Zahlen ab 1979 mit denen der Jahre vorher nicht ohne weiteres vergleichbar. Da weniger Flächen als bisher in die Erhebung einbezogen werden, stellt sich die Frage nach der Aussagefähigkeit der Ergebnisse des neuen Verfahrens.

Um aus den verfügbaren Zahlen das Maximum an Aussage herauszuholen, ist es notwendig aufzuzeigen, wodurch der Bruch in den Zeitreihen zustande kam und darzustellen, was sich dennoch über diesen Zeitpunkt hinaus vergleichen läßt.

1. Bodennutzungsvor- und -haupteerhebung

1.1 Gegenüberstellung der Methoden und Entstehung des Strukturbruchs

Die Geschichte der deutschen Bodennutzungserhebung beginnt im Jahre 1878. Einen Abriß findet der interessierte Leser in der Einzelschrift zur Statistik des Saarlandes Nr. 56 „Bodennut-

Landwirtschaftliche Bodennutzung 1974 bis 1983
(Ergebnisse der Bodennutzungsvor- und -haupterhebungen)

in Hektar

Tab. 1

Nutzungs- bzw. Fruchtart	1974	1976	1978	1979	1981	1983
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	116 234	116 227	114 616	76 814	71 156	67 535
darunter:						
Dauergrünland	41 405	41 476	41 274	30 966	28 276	27 815
Gartenland	8 424	8 560	8 607	365	251	206
Ackerland	65 075	64 981	63 642	44 570	41 970	38 998
darunter:						
Getreide	43 691	44 180	44 677	36 725	34 528	31 284
Kartoffeln	6 923	6 715	5 651	1 110	663	557
Futtermispflanzen	9 543	9 433	10 169	4 496	4 731	4 819

zung und Ernte im Saarland 1978". Für unsere Betrachtung soll der Zeitraum des letzten Jahrzehnts genügen.

Bis einschließlich 1978 gliederte sich die Bodennutzungserhebung, welche die Bodenflächen nach ihren Nutzungsarten erfaßt, in eine Vor- und eine Haupterhebung. Erstere erfaßte die Hauptnutzungs- und Kulturarten wie Wald, Ackerland, Grünland, Wasserflächen, Straßen u.a., letztere den jährlich wechselnden Anbau der einzelnen Fruchtarten wie Getreide, Hackfrüchte usw.. Auskunftspflichtig waren 1. Betriebe und sonstige Inhaber von Flächen ab 0,5 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt wurden, und 2. die Gemeinden für alle sonstigen Bodenflächen. Somit war die Bodennutzungs(vor)erhebung bis einschließlich 1978 flächendeckend, d.h. die Gesamtfläche stimmte mit der Katasterfläche überein.

Nach der Neufassung des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 21.8.1978 (im folgenden mit „BoG“ abgekürzt) wurden grundsätzlich nur noch Gesamtflächen ab 1 ha erfaßt. Betriebe mit weniger als 1 ha Fläche nur dann, wenn ihre „natürlichen Erzeugungseinheiten mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung von 1 ha entsprechen“ (Gesetzestext). Darüberhinaus sind Betriebe auskunftspflichtig, die pflanzliche Erzeugnisse für den Verkauf anbauen oder Teichwirtschaft für den Verkauf betreiben. Alle übrigen Flächen (Kleinstflächen) er-

scheinen in der Bodennutzungshaupterhebung nicht mehr. Der Begriff „Bodennutzungsvorerhebung“ entfiel ganz, wobei jedoch Teile der ehemaligen Vorerhebung der jetzigen Haupterhebung angegliedert wurden. Es handelt sich hierbei um die landwirtschaftlichen Hauptnutzungsarten. Die außerlandwirtschaftlichen Nutzungsarten wurden von da an im Rahmen der neu eingeführten Flächenerhebung in tieferer Merkmalsgliederung erfaßt. Diese Flächenerhebung stellt z.Zt. die einzige flächendeckende Bodennutzungserhebung dar (Weiteres s. Abschnitt 2).

1.2 Die Bedeutung des Strukturbruches in der Agrarstatistik

Der Strukturbruch in den agrarstatistischen Zeitreihen besteht, und alle Benutzer dieser Zahlen müssen mit ihm leben. Daher seien zuerst einige Worte zu den Motiven gesagt, die den Gesetzgeber bewogen haben, alle Probleme bei der Interpretation der Ergebnisse der Bodennutzungshaupterhebung in Kauf zu nehmen.

In der Gesetzesbegründung steht die Anpassung an die Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft (EG) im Vordergrund. Die EG ist grundsätzlich nur an dem Teil der Landwirtschaft interessiert, der irgendwie auf Verkauf zielt, d.h. am Markt erscheint. Daher findet sich durchgehend die untere Abschneidegrenze von 1 ha

Fläche bzw. die Voraussetzung, daß der Betrieb für den Verkauf produziert.

Es wird hierbei unterstellt, daß die Tätigkeit der übrigen Betriebe nicht marktrelevant sei. Hierüber läßt sich streiten. Denn indirekt ist auch jeder Salatkopf, der zwecks Selbstversorgung in einem Hausgarten wächst, insofern marktrelevant, als er die Nachfrage verringert. Größere, marktorientierte Gemüseanbauer können entsprechend weniger absetzen. Deshalb wäre es für die Beurteilung der Versorgungslage schon notwendig, den Anbau auf Kleinstflächen zum Eigenbedarf zu erfassen. Jedoch mag die von Fachleuten eingeschätzte Bedeutung dieses Teils der Landwirtschaft seine Vernachlässigung gerechtfertigt haben.

Der Bruch in den Reihen der Bodennutzungsergebnisse erhält also seine eigentliche Bedeutung und Problematik erst dadurch, daß die Zahlen dieser Erhebung als Grundlage für die Berechnung der Erntemengen dienen. Die Berichtersteller schätzen nur die Hektarerträge, die dann mit den entsprechenden Flächen multipliziert werden, um die gesamte Ernte zu erhalten. Folglich enthalten die Zeitreihen der Erntemengen einen analogen Bruch.

1.3 Die Größe des Sprunges in den Zeitreihen

Aus Tabelle 2 sind die Größenordnungen der „verlorengegangenen“ Flächen zu erkennen. Die Anhebung der unteren Abschneidegrenze von

0,5 auf 1 ha kostete nur 1 513 ha oder 1,3 % der 1978 landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von 114 616 ha. Der größte Teil der „Abnahme“ (34 321 ha oder 96 %) ist durch den Wegfall der Auskunftspflicht der Gemeinden für die Kleinstflächen (z.B. Hausgärten) bedingt.

Für 1979 ergeben sich 41 538 ha Kleinstflächen, für 1983 ist der Wert entsprechend der Fußnote zu Tab. 2 höher anzusetzen. Rund ein Drittel der Landwirtschaftsfläche des Katasters wird bei der Bodennutzungshaupterhebung nicht mehr erfaßt, und es bleibt zumindest der amtlichen Agrarstatistik unbekannt, was darauf in welchem Umfang angebaut wird.

1.4 Probleme beim Vergleichen

Die Hauptschwierigkeit stellt sich beim Vergleichen der Zahlenreihen über die Anbauflächen für Ackerfrüchte ein. Beim Getreide wird etwa ein Fünftel seit 1979 nicht mehr erfaßt. So „verringerte“ sich die Fläche von 44 677 ha in 1978 auf 36 725 ha im Folgejahr. Danach wurde sie von Jahr zu Jahr in beträchtlich kleineren Schritten durch anderweitige Nutzung bis auf 31 284 ha in 1983 reduziert (s. Tab. 1). Diese Aussagen über den „Schwund“ der Getreideanbaufläche insgesamt lassen sich, was die relative Größe des Sprunges betrifft, auf alle Getreidearten, außer Wintergerste, übertragen. Grober Schätzwert für die tatsächliche Anbaufläche ist

Tab. 2 Bodennutzung im Saarland 1978, 1979 und 1983

M e r k m a l	1978	1979	1983
(1) Landwirtschaftsfläche insgesamt	128 983	126 490 ¹⁾	(122 000) ²⁾
(2) davon: Brachland	14 367	8 860	7 765
(3) Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) zusammen	114 616		
(4) davon: LF von Betrieben ab 1 ha	78 782	76 083	67 077
(5) LF von Betrieben mit 0,5 – 1 ha	1 513		
(6) Kleinstflächen	34 321	41 547 ³⁾	(47 158) ³⁾

1) Laut Flächenerhebung 1979. 2) Die Flächenerhebung 1981 weist 123 518 ha Landwirtschaftsfläche aus. Bei unterstellten weiterem Rückgang der Landwirtschaftsfläche kann 122 000 als Schätzwert für 1983 dienen. 3) (6) = (1) – (2) – (4). Diese Kleinstflächen enthalten auch das seit 1979 nicht mehr erfaßte Brachland, weshalb Position (2) für 1979 und 1983 so niedrig ausfällt.

somit etwa das Fünf-Viertel-Fache des im Bodennutzungsbericht ausgewiesenen Wertes — für 1983 also ca. 39 000 ha Getreidefläche.

Der zum Ackerland insgesamt verhältnismäßig geringe Erfassungsverlust beim Getreide rührt daher, daß diese Pflanzengattung fast nur auf größeren Feldern angebaut wird. Ganz anders sieht die Entwicklung bei Kartoffeln aus. Während im Jahr vor der Gesetzesnovellierung noch 5 651 ha für den Kartoffelanbau ausgewiesen wurden, waren es 1979 nur noch 1 110 ha, also ein knappes Fünftel. Dies liegt sicherlich zum größten Teil daran, daß Kartoffeln auch auf kleinen Flächen — in den letzten Jahren verstärkt in Gärten — angebaut werden. Da seit der Gesetzesänderung nur noch 4 % des Gartenlandes erfaßt werden, geriet mit dem Wegfall der Auskunftspflicht der Gemeinden für Kleinflächen, zu denen ja insbesondere Gärten gehören, der größte Teil der Kartoffelfläche aus dem Blickfeld der amtlichen Landwirtschaftsstatistik.

Weitere gravierende Einschnitte sind bei den Futterpflanzen — und hier besonders bei Klee und Grasanbau — zu beobachten. Insgesamt wird nur noch knapp die Hälfte der Futterpflanzenflächen durch die Bodennutzungshaupterhebung erfaßt.

1.5 Eine exakte Vergleichsmöglichkeit

Ogleich man durch die Betrachtung der methodisch bedingten Differenzen einen Anhaltspunkt gewinnt für die Schätzung der jeweils nicht in die Erhebung einbezogenen Anbauflächen, liegt der Bereich außerhalb der Erfassungsgrenzen im Dunkeln. Diese „Hochrechnungen“ (das Doppelte der Futterpflanzen, das 5fache der Kartoffeln, vier Drittel des Dauergrünlandes usw.) unterstellen doch immer, daß im „toten Winkel“ der Agrarstatistik keine Sonderentwicklungen eingetreten sind. Die Schätzwerte sind also sehr unsicher.

Bedeutend größere Sicherheit bei Vergleichen über den kritischen Jahreswechsel 1978/79 hinaus ist zu erlangen, wenn man für den gesamten Zeitraum die Betrachtung ausschließlich auf die Fläche abstellt, die von Betrieben ab 1 ha bewirtschaftet wurde, also den Teil, der nach Ansicht der EG-Kommission auf Markterzeugung abzielt.

Da die Bodennutzungsberichte keine Aufgliederung nach Betriebsgrößenklassen enthalten, muß hierbei auf die Auswertung des Einzelmateriale in der Landwirtschaftszählung (LZ) bzw. Agrarberichterstattung (AB) zurückgegriffen werden.

Flächen ausgewählter Nutzungs- bzw. Fruchtarten 1971 bis 1981
(Ergebnisse der LZ/AB)*)

in Hektar

Tab. 3

Merkmal	1971	1975	1977	1979	1981
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	85 143	83 881	80 287	76 263	69 149
Dauergrünland	32 933	33 290	32 951	30 724	28 145
Gartenland	410	353	294	271	.
Obstanlagen	594	511	403	478	241
Ackerland	50 988	49 359	46 376	44 410	40 364
Getreide	37 812	38 005	37 419	36 620	32 955
Weizen	10 221	9 681	8 293	7 701	6 939
Roggen	6 306	6 542	8 314	7 687	5 405
Wintergerste	1 170	1 195	1 932	3 255	3 878
Sommergerste	8 556	9 460	8 640	8 472	7 799
Hafer	8 459	8 022	7 297	7 162	7 137
Kartoffeln	2 933	2 070	1 521	1 072	642
Futterpflanzen	5 896	5 580	4 834	4 492	4 731

*) Ausgewiesen werden die Ergebnisse des gesamten LZ/AB-Bereiches. Dies sind Betriebe mit mehr als 1 ha LF, darüberhinaus auch Betriebe mit Erzeugungseinheiten, die 1 ha LF entsprechen.

Diese haben seit 1971 vergleichbare Erhebungsbereiche. Hier finden sich somit vergleichbare Zahlenreihen.

In diesen Zeitreihen ist die kontinuierliche Entwicklung zu erkennen. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt sowie die meisten Anbauflächen bzw. Nutzungsarten nahmen im Betrachtungszeitraum mehr oder weniger stark an Umfang ab. Gegenläufig entwickelte sich lediglich die Wintergerste, deren Anbaufläche sich in zehn Jahren mehr als verdreifachte.

Es sei hier nochmal betont, daß die Anbauverhältnisse auf den kleinen Flächen, sprich den Flächen, die zu kleinen Betrieben gehören, außer acht bleiben. Für 1977 betrug der Unterschied zwischen der im Bodennutzungsbericht ausgewiesenen Kartoffelanbaufläche und der im AB-Bericht erscheinenden immerhin rund 4 700 ha. Das bedeutet, daß die AB 1977 mit 1 521 ha nur ein knappes Viertel der gesamten Kartoffelfläche auswies. Hieraus läßt sich dann folgern, daß nur ein Viertel der angebauten Kartoffeln Marktbedeutung im Sinne des Gesetzes erlangt.

Für Getreide erfassen die Agrarberichterstattungen 1975 und 1977 rund 88 % bzw. 85 % der Fläche. Ähnlich der Betrachtung des Sprunges von 1978 auf 1979 erhält man auch hier, vom Vergleich der LZ/AB mit der Bodennutzungserhebung ausgehend, Anhaltspunkte für Aussagen über den nicht erfaßten Bereich, jedoch mit allen oben erwähnten Vorbehalten.

1.6 Der Bruch in anderen Bundesländern

Eine Zusammenstellung der Größe des Sprunges in den Zahlenreihen der Bodennutzungserhebungen nach Bundesländern zeigt, daß das Saarland an LF, Ackerland und Dauergrünland mit weitem Abstand den größten Verlust erlitten hat. Es folgen Rheinland-Pfalz und Hessen mit - 12,6 bzw. - 10,2 % LF.

Der Grund hierfür liegt vor allem darin, daß das Saarland zu den intensiven Realteilungsgebieten gehört. Im Erbfall werden die Flächen, die die Eltern besaßen, in der Regel auf die Kinder aufgeteilt. So kam es zu den vielen Inhabern von Kleinflächen.

Im gesamten Bundesgebiet fielen nur 6,5 % der LF und nur 2,9 % des Ackerlandes aus dem Erfassungsbereich. Wie leicht erkennbar, fällt der nicht mehr erfaßte Teil des Gartenlandes im Saarland nicht wesentlich höher aus als in anderen Bundesländern. Abgesehen vom Gartenland stellt sich also der Bruch auf Bundesebene viel weniger gravierend dar als im Saarland. Bedenkt man nun, daß das BoG eine Bundesstatistik anordnet, dann verliert der Strukturbruch in den genannten Zahlenreihen auf Bundesebene beträchtlich an Gewicht. Weiterhin sei erwähnt, daß die Amtliche Statistik die Erhebungen - laut Gesetzesauftrag - im Auftrag der Konsumenten durchführt und aufbereitet. Somit spiegelt die Gesetzesnovellierung mit den damit verbundenen Änderungen im Erhebungsverfahren

Tab. 4 Flächenveränderungen in den Bundesländern von 1978 auf 1979 in 1 000 ha

	LF insgesamt			Ackerland			Gartenland		
	1978	1979	Veränd.%	1978	1979	Veränd.%	1978	1979	Veränd.%
Schleswig-Holstein	1 132,2	1 103,1	- 2,6	627,7	624,7	- 0,4	24,3	4,3	- 82
Niedersachsen ¹⁾	(2 779,1	2 772,8	- 0,2)	(1 611,0	1 621,8	+ 0,6)	(11,1	10,3	- 7)
Nordrhein-Westfalen	1 830,7	1 667,7	- 8,9	1 107,6	1 081,4	- 2,4	68,1	6,8	- 90
Hessen	885,6	797,9	- 10,2	546,4	510,5	- 6,6	23,2	2,4	- 90
Rheinland-Pfalz	875,6	765,7	- 12,6	497,2	446,2	- 10,3	21,9	2,2	- 90
Baden-Württemberg	1 716,2	1 548,0	- 9,8	909,6	849,6	- 6,6	33,0	5,5	- 83
Bayern	3 669,4	3 538,8	- 3,6	2 131,6	2 099,9	- 1,5	62,5	16,7	- 73
Saarland	114,6	76,8	- 33,0	63,6	44,6	- 30,0	8,6	0,4	- 96
BUNDESGBEIT (einschl. Stadtstaaten)	13 176,3	12 313,5	- 6,5	7 506,5	7 290,4	- 2,9	317,3	52,0	- 84

1) Niedersachsen hat schon von '77 auf '78 umgestellt. Dabei sank die LF jedoch nur von 2,9 auf 2,8 Mill. ha, also unbedeutend.

ren im Grunde die Änderung der Interessen, spricht des Informationsbedarfs der Konsumenten wider.

2. Bodennutzungsvorerhebung und Flächen- erhebung

2.1 Allgemeines

Wie das vorangehende Kapitel zeigte, steht die Bodennutzungshaupterhebung ganz im Zeichen landwirtschaftlicher Bodennutzung. Die in der früheren Bodennutzungsvorerhebung erfragten nicht-landwirtschaftlichen Nutzungen wurden ausgeklammert. Die Aufgabe, sie zu erfassen, fiel der neu eingeführten Flächenerhebung zu (§ 3 BoG). Diese Erhebung geht nicht von Betrieben bzw. sonstigen Flächeninhabern aus, sondern vom Liegenschaftskataster. Die Landwirtschaftsfläche erscheint hier nur als eine Position (einschl. Brachland) mit den Unterpositionen „Moor“ und „Heide“. Ansonsten erfolgt keine Untergliederung in landwirtschaftliche Nutzungs- bzw. Kulturarten. Die Flächenerhebung sollte laut Gesetzesbegründung „in erster Linie die raumordnerischen und städtebaulichen, darüber hinaus aber auch die landschafts- und verkehrsplanerischen Anforderungen berücksichtigen“. Aus diesem Grunde weist ihr Merkmalskatalog in erster Linie außerlandwirtschaftliche Nutzungsarten auf wie Gebäudeflächen, Verkehrsflächen, Betriebsflächen, Erholungsflächen usw.. Solche

Flächennutzungsarten wurden auch im Rahmen der früheren Bodennutzungsvorerhebung erfragt, so daß die Flächenerhebung Teile derselben fortsetzt — oft mit tieferer Untergliederung der Merkmale. Es ist also möglich, einige Zeitreihen von Ergebnissen der Bodennutzungsvorerhebung mittels der Flächenerhebung fortzuführen.

2.2 Zur Vergleichbarkeit der Ergebnisse

Beim Vergleich dieser Zahlen ist zu beachten, daß sowohl im Erhebungsverfahren bis 1978 als auch danach Schätzungen notwendig waren. Bei den 1979 und 1981 durchgeführten Flächenerhebungen traten eine Reihe von Schwierigkeiten auf, u.a. bei der Zuordnung der auszuweisenden Nutzungsarten zu dem im Liegenschaftskataster geführten Nutzungsartenkatalog. So war es beispielsweise zweifelhaft, ob die „Hof und Gebäudeflächen“ der Hauptübersicht der Liegenschaften ohne weiteres mit den „Gebäude- und Freiflächen“ der Flächenerhebung gleichgesetzt werden durften. Ferner konnten die „Betriebsflächen“ nicht eindeutig dem „Betriebsgelände“ zugeordnet werden, so daß besonders bei der 79er Flächenerhebung mit gewissen Unsicherheiten gerechnet werden muß.

Zwei der Zahlenreihen in Tabelle 5 weisen beim Übergang von 1978 auf 1979 einen kleinen Bruch auf. Bei den Waldflächen ist dieser möglicherweise auf Ungenauigkeiten bei der Schätzung zurückzuführen, da 1979 erst 90 % der saarländischen Gesamtfläche im automatisierten

Flächennutzung 1970 – 1981
(Ergebnisse der Bodennutzungsvorerhebung und der Flächenerhebung)

in Hektar

Tab. 5

Nutzungsart	1970	1975	1978	1979	1981
Landwirtschaftsflächen ¹⁾	131 734	129 765	128 983	126 490	123 518
Waldflächen	81 589	80 692	79 990	84 874	85 363
Gebäude- und Hofflächen	15 877	16 721	17 160	19 875	20 906
Verkehrsflächen	14 069	14 822	15 522	13 426	13 932
Gewässerflächen	2 313	2 185	2 141	1 988	1 996
Öd- und Unland	7 426	8 421	8 505	8 313	8 225

1) Einschl. Brachflächen.

Liegenschaftskataster geführt wurden. Die unplausibel scheinende Entwicklung der Verkehrsfläche war größtenteils durch Zuordnungs- und Definitionsschwierigkeiten bedingt, z.B. stellt sich die Frage, ob Feldwege den Verkehrs- oder den Landwirtschaftsflächen zuzurechnen sind. Ähnliches gilt für Straßen in reinen Wohngebieten. Diese können den Verkehrsflächen, aber auch den Wohnflächen zugeordnet worden sein. Im großen und ganzen ist jedoch eine Kontinuität und damit Vergleichbarkeit der Ergebnisse vorhanden.

Im kommenden Jahr soll laut BoG die dritte Flächenerhebung stattfinden. Für die 85er Erhebung der tatsächlichen Nutzung wird nach der Katasterfortführungsanweisung vom November 1983 eine Zusammenstellung für Flächenerhebungen maschinell möglich sein. Im Saarland sind inzwischen 97 % der Gesamtfläche ins automatisierte Liegenschaftskataster aufgenommen. Die bevorstehende Erhebung dürfte daher wesentlich bessere Ergebnisse liefern als ihre beiden Vorgängerinnen.

2.3 Neue Aspekte

Ab 1985 soll die Flächenerhebung um eine interessante Komponente bereichert werden: die Erfassung der geplanten Nutzung. Hierbei wird von den Flächennutzungsplänen der Gemeinden ausgegangen. Diese Erhebung steckt jedoch noch in den Vorbereitungen und es ist daher im Augenblick noch zweifelhaft, ob sie schon im nächsten Jahr durchgeführt werden kann¹⁾. Jedenfalls wird der Bedarf an derartigen Daten allenthalben betont.

Die statistische Erhebung der Bodenflächen nach ihrer geplanten Nutzung bildet künftig mit den im Rahmen der betriebs- und marktwirtschaftlichen Meldungen erfragten voraussichtlichen Anbauflächen der Feldfrüchte und den Erntevorschätzungen den Teil der amtlichen Agrarstatistik, der zukünftige Verhältnisse zum Gegenstand hat.

ZUSAMMENFASSENDE BETRACHTUNG

Der Verfasser hofft, mit der vorliegenden Abhandlung dem interessierten Konsumenten agrarstatistischer Zahlen einen Überblick über die komplexen Zusammenhänge zwischen den flächenerfassenden Statistiken vermittelt zu haben. Darüber hinaus sollten Informationen über Möglichkeiten und Grenzen der Vergleichbarkeit und Aussagefähigkeit der Bodennutzungsergebnisse gegeben werden. Diese Probleme zeigen einmal mehr die Notwendigkeit auf, vor der Interpretation statistischer Zahlen und vor möglichen Schlußfolgerungen genauestens die Methode zu studieren, nach der diese Zahlen zustande gekommen sind. Des weiteren sind die Definitionen der Begriffe genau zu beachten, da unerlaubte Gleichsetzung zu falschen Schlüssen führt.

Um auf die eingangs erwähnte Frage zurückzukommen, so kann nun nach gründlicher Analyse des ganzen Komplexes gesagt werden, daß sie so nicht hätte gestellt werden dürfen. „Richtig“ sind beide Zahlen, sowohl die 71 000 ha LF aus der Bodennutzungshaupterhebung 1981 als auch die 123 500 ha Landwirtschaftsfläche aus der Flächenerhebung 1981; aber die Merkmale, deren Umfang sie quantifizieren, sind hinsichtlich ihrer Abgrenzung verschieden. Außerdem unterscheiden sich die Erhebungsverfahren. Diese Unterschiede sind begründet im unterschiedlichen Informationszweck der beiden Statistiken. Somit muß sich auch der Konsument über seinen Informationsbedarf im klaren sein, um auf die jeweils „richtige“ Zahl zugreifen und sie deuten zu können.

Norbert Eid
Dipl. Volkswirt

1) Dies wurde im Juni/Juli 1984 geschrieben. Inzwischen wurde bekannt, daß die Erhebung der geplanten Flächennutzung kraft der Statistikbereinigungsverordnung für 1985 ausgesetzt wird.

Wahlverhalten bei der Europawahl 1984

1. Vorbemerkung

Aufgrund der Statistischen Auswertung der Wahlunterlagen für die repräsentative Wahlstatistik wird im folgenden für die Europawahl 1984 die Struktur der saarländischen Wirtschaft analysiert. Die Analyse basiert auf den Daten über den Altersaufbau und das Geschlecht der Wahlberechtigten und die Struktur der Wähler und Nichtwähler. Detailliert gegliedertes Zahlenmaterial über dieses Thema ist in der Veröffentlichung „Kommunal- und Europawahl am 17. Juni 1984, Nr. 67“ des Statistischen Amtes erschienen.

2. Methodik

Bei der Europawahl 1984 wurden zur Feststellung des repräsentativen Wahlergebnisses 57 Stichprobenwahlbezirke ausgewählt, wobei es sich um Wahlbezirke handelt, die in der Zusammensetzung einem verkleinerten Abbild der Wahlbevölkerung möglichst ähnlich sind.

Geburtsjahr

Entsprechendes Alter

1964 — 1966	18 bis unter 21 Jahre
1960 — 1963	21 bis unter 25 Jahre
1955 — 1959	25 bis unter 30 Jahre
1950 — 1954	30 bis unter 35 Jahre
1945 — 1949	35 bis unter 40 Jahre
1940 — 1944	40 bis unter 45 Jahre
1935 — 1939	45 bis unter 50 Jahre
1925 — 1934	50 bis unter 60 Jahre
1915 — 1924	60 bis unter 70 Jahre
1914 und früher	70 Jahre und älter

Für die einzelnen Altersgruppen der wahlberechtigten Männer und Frauen werden in jedem repräsentativen Wahlbezirk folgende Zahlen ermittelt.

1. Wahlberechtigte insgesamt

davon

— mit Sperrvermerk für ausgegebene Wahlscheine

— ohne Sperrvermerk

2. Wähler ohne Wahlschein

3. Nichtwähler ohne Wahlschein

Grundlage für die Untersuchung der Stimmabgabe bilden die Stimmzettel mit Unterschei-

Vergleich des repräsentativen Wahlergebnisses mit dem Gesamtergebnis für die Europawahlen 1984 und 1979

Wahlbeteiligung Stimmabgabe	Repräsentativergebnis		Gesamtergebnis			
			mit		ohne	
	1984	1979	Briefwähler			
			1984	1979	1984	1979
Wahlbeteiligung	78,6	79,3	78,4	81,1	69,5	72,9
Stimmenanteil						
CDU	41,8	45,3	42,6	46,4	41,9	45,7
SPD	44,7	44,9	43,6	44,0	44,2	44,8
F.D.P.	3,3	5,5	3,9	5,8	3,9	5,7
GRÜNE	6,9	2,4	6,6	2,4	6,7	2,3
SONSTIGE	3,2	1,8	3,4	1,4	3,4	1,5

Zur Feststellung der Wahlbeteiligung wurden die Wählerverzeichnisse herangezogen, die neben dem Stimmabgabe- oder Wahlscheinvermerk auch Angaben über das Geschlecht (Vorname) und das Geburtsdatum enthalten. Bei den wahlberechtigten Männern und Frauen wurde nach zehn Geburtsjahrgruppen unterschieden:

dungsaufdruck für Männer und Frauen, gegliedert nach jeweils fünf Geburtsjahrgruppen:

Geburtsjahr

Entsprechendes Alter

1960 — 1966	18 bis unter 25 Jahre
1950 — 1959	25 bis unter 35 Jahre
1940 — 1949	35 bis unter 45 Jahre
1925 — 1939	45 bis unter 60 Jahre
1924 und früher	60 Jahre und älter

In die Stimmzettelauszählung werden die Briefwählerstimmen, vor allem wegen der möglichen Gefährdung des Wahlgeheimnisses, aber auch wegen der technisch schwierigen oder nicht möglichen Zuordnung zu den einzelnen Auswahlbezirken, grundsätzlich nicht einbezogen.

3. Struktur der Wahlberechtigten und Wahlbeteiligung

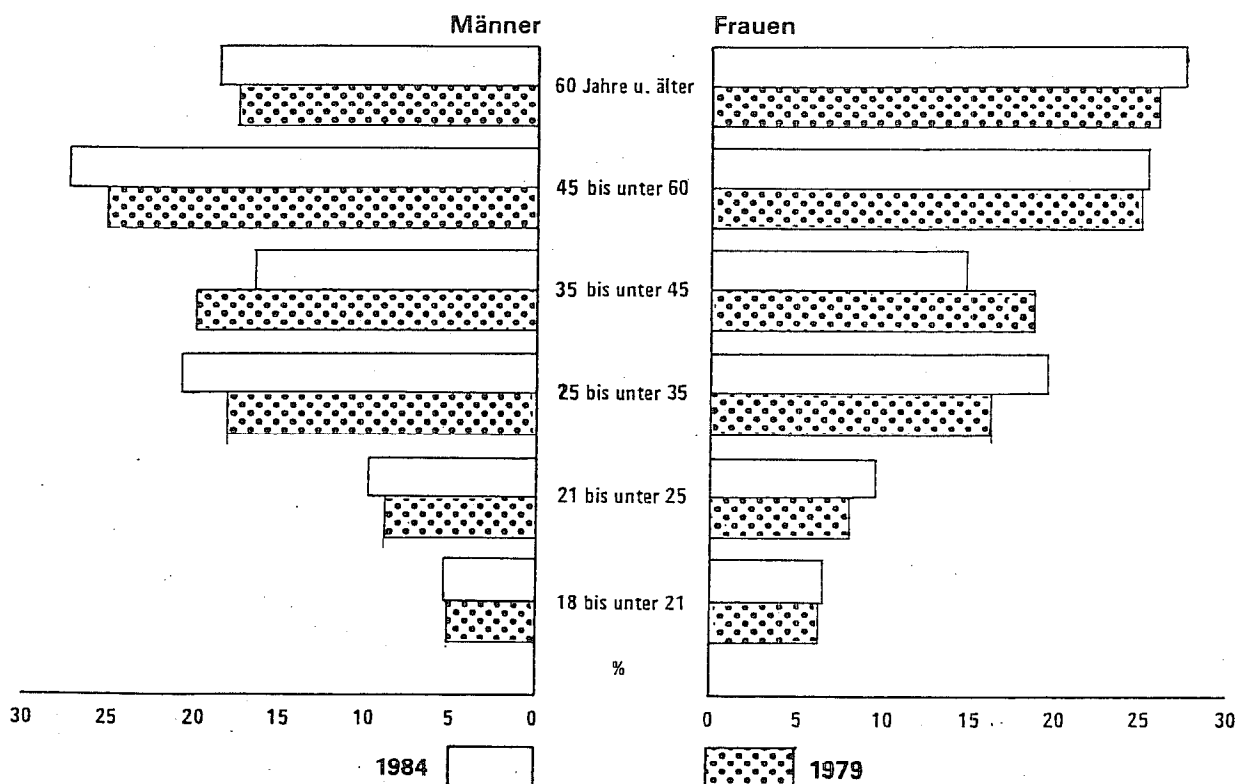
Zur Europawahl 1984 waren im Saarland 844 000 Bürger (47,1 % Männer und 52,9 % Frauen) aufgerufen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Anteile der beiden Geschlechter sind seit Jahren fast stabil. So ermittelte man bei der Europawahl 1979 ein Verhältnis von 46,7 % zu 53,3 % und bei der Bundestagswahl 1983 von 47 % zu 53 %. Aus dieser natürlichen Struktur der Wahlberechtigten folgt, daß bei der Europawahl rund 49 000 mehr Frauen als Männer wahlberechtigt waren. Was

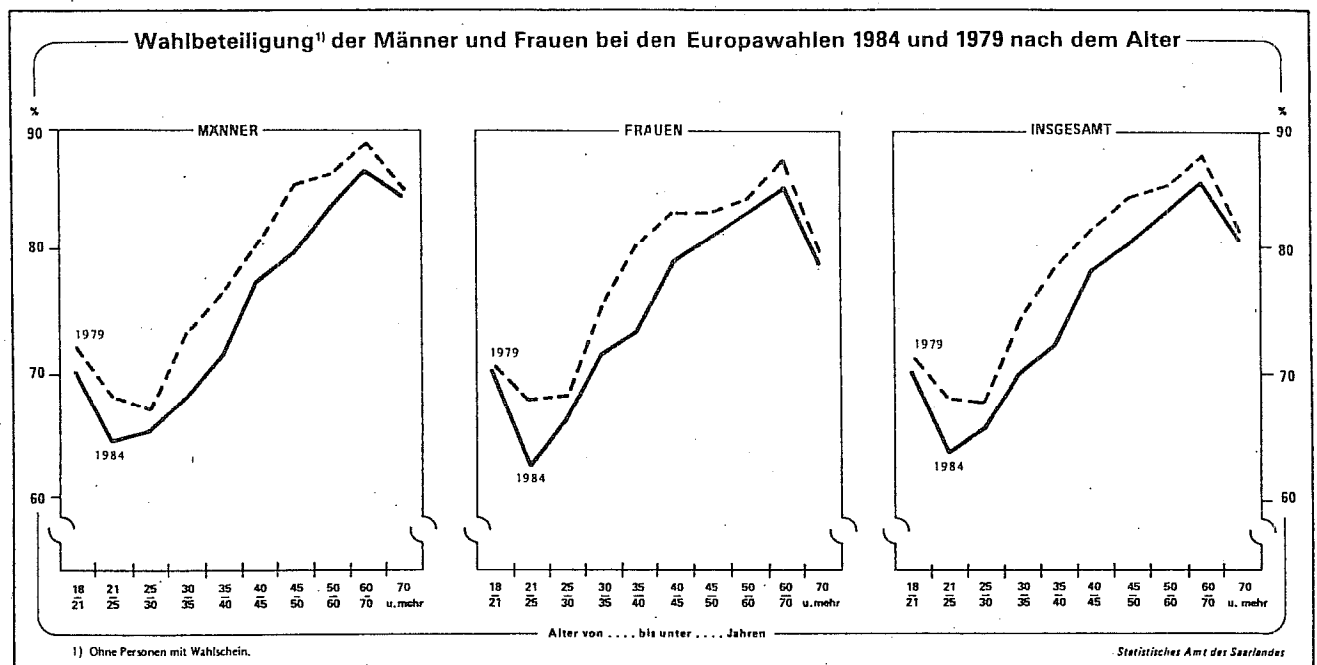
dies bedeuten könnte, mag folgender Vergleich erhellen: das zahlenmäßige Übergewicht der Frauen ist weit höher als die Stimmenanteile der dritt- und der viertstärksten Partei im Saarland: Grüne: 41 000; F.D.P.: 24 700. Im rein theoretischen Zahlenspiel hätte also eine „Frauenpartei“, die nur auf das vorgegebene Kräfteverhältnis zwischen Männern und Frauen abhebt, recht gute Wahlchancen. Wie aus den Ergebnissen der repräsentativen Europawahlstatistik hervorgeht, liegt diese Mehrheit ausschließlich bei den über 50-jährigen Wahlberechtigten. Bei den jungen Wahlberechtigten hingegen befinden sich die Frauen in der Minderzahl.

Im Vergleich mit anderen Bundesländern erreichte das Saarland mit 78,4 % das beste Ergebnis im Bezug auf die Wahlbeteiligung und lag um 21,7 Punkte über dem Bundesdurchschnitt.

Als nur gering stellt sich die Abweichung der Wahlbeteiligungsergebnisse aus der repräsen-

Wahlberechtigtenquoten bei den Europawahlen 1984 und 1979 nach Altersgruppen





tiven Europawahlstatistik im Vergleich zum allgemein ermittelten Wahlergebnis dar. Diese Differenz von 2,1 Prozentpunkten ist zum einen auf den normalen Stichprobenfehler zurückzuführen, hauptsächlich aber auf die Nicht-Berücksichtigung der Briefwähler bei den „Testwählern“ aus Gründen der Geheimhaltung. Die Europawahl hat die schon früher gemachte Beobachtung bestätigt, wonach sich die Frauen (76,6 %) mehr als die Männer (75,9 %) an Wahlen beteiligen, die jüngeren Wahlberechtigten weniger als das „Mittelalter“ und die im Rentenalter stehenden Bürger. Durch die höhere Wahlbeteiligung der Frauen hat sich deren zahlenmäßiges Übergewicht, wonach bei einem Vergleich der Wahlberechtigten auf 100 Männer 112 Frauen entfielen, auf 100 zu 113 vergrößert. Am wahlfreudigsten zeigten sich die über 60-jährigen (83,2 %). Starke Einbußen erlebte die Wahlbeteiligung hingegen bei den Jungwählern. Waren zur Bundestagswahl 1983 hier positive Ansätze zu erkennen, so sank der Anteil noch unter das Niveau der Europawahl 1979.

4. Ungültige Stimmen

Überraschend hoch lag mit 4,0 % die Zahl der ungültigen Stimmen im Saarland. Mit 2,4 Prozentpunkten über dem Bundesdurchschnitt rangierten die Saarländer an der Spitze der Bundesländer. Da nur wenige Stimmzettel (17,7 %) für ungültig erklärt wurden, weil der Wählerwille nicht eindeutig erkennbar war, kann nicht unterstellt werden, der Wähler sei durch die vier Wahlen überfordert gewesen; vielmehr sind die 82,3 % leeren oder durchgestrichenen Stimmzettel als eindeutiges Votum der Wähler zu interpretieren.

Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik waren 3,8 % der Stimmen ungültig. Bei den Frauen lag dieser Wert bei 3,3 % und bei den Männern bei 4,3 %. Damit entfielen von den ungültigen Stimmen 56,6 % auf die Männer und 43,4 % auf die Frauen.

Ungültige Stimmen bei den Europawahlen 1984 und 1979

Art der Ungültigkeit	1984			1979		
	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt
leer oder durchgestrichen	82,0	82,8	82,3	80,4	76,4	78,4
mehrfach angekreuzt	12,1	13,5	12,7	13,0	18,6	15,9
sonstige Gründe	5,9	3,7	5,0	6,6	5,0	5,7

5. Stimmverhalten

Entfielen bei der Europawahl 1979 noch 47,2 % der weiblichen Wählerstimmen auf die CDU und 43,7 % auf die SPD, so hat sich diese Korrelation bei der letzten Europawahl merklich verschoben. Hier erzielte die CDU nur noch 43,6 %, wohingegen die SPD sich auf 44,0 % steigerte. Stärkere Gewinne bei den Frauen erzielten die GRÜNEN mit einem Plus von 3,9 Punkten auf 6,0 %. Bei den Männern verlor die CDU gegenüber 1979 3,2 Punkte und erreichte 39,9 %, die SPD büßte bei den männlichen Wählern 1 Punkt ein und erreichte 45,4 %.

Neben der beschriebenen geschlechtsspezifischen Komponente beeinflusste in entscheidendem Maße auch das Alter die Wahlentscheidung.

Die CDU, die Einbußen bei allen Altersgruppen erlitt, wurde gegenüber der Europawahl 1979 bei den 25- bis 35-jährigen mit einem Minus von 5,4 Prozentpunkten von den höchsten Verlusten getroffen, wobei in dieser Altersgruppe mehr Frauen (− 6,1 Punkte) als Männer (− 4,6 Punkte) der Partei ihre Stimme verweigerten. Lediglich bei den Männern im Rentenalter zeigte die CDU eine gewisse Konstanz (− 1,3 Punkte).

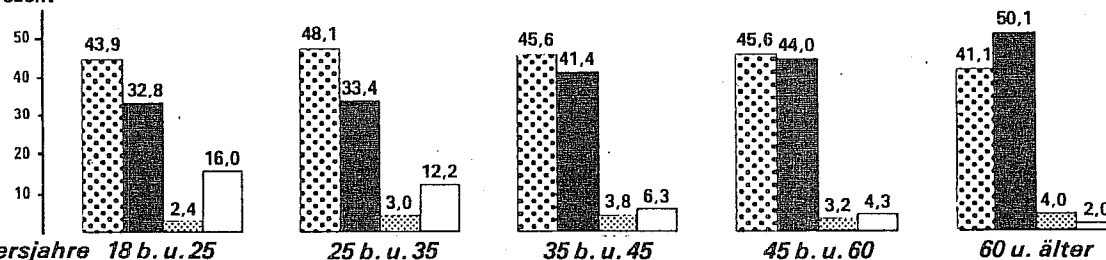
Die SPD sah sich Verlusten bei der Wählerschaft bis 45 Jahren gegenüber; insbesondere wurde sie aber mit einem starken Einbruch bei den Jungwählern konfrontiert (− 6,0 Punkte), wobei die Absage der Männer mit einem Minus von 7,1 Prozentpunkten sehr deutlich ausfiel. Andererseits konnte die Partei relativ hohe Gewinne (+ 2,9 Punkte) bei den 45- bis 60-jährigen erzielen.

Ebenso wie die Sozialdemokraten erlebte die F.D.P. bei den Jungwählern ihre stärksten Verluste. Hierzu summierten sich Einbußen in allen Altersklassen, die letztlich dazu führten, daß die Partei unter 5 % blieb.

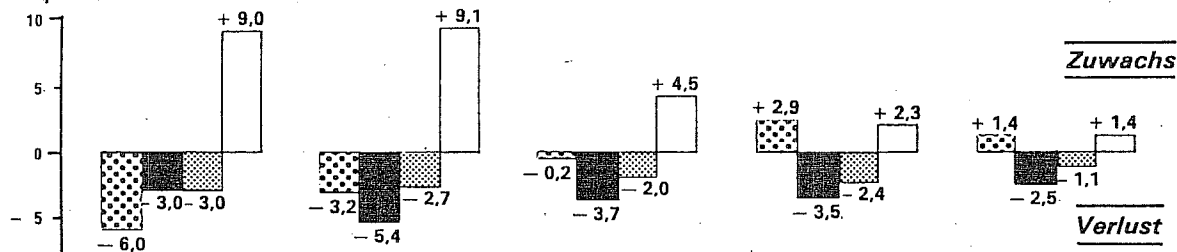
Hauptsächlich junge Leute bildeten das Wählerpotential der GRÜNEN, auf das sich diese Partei immer mehr stützen kann. Stimmt bei der Bundestagswahl 1983 noch 11,2 % im Alter zwischen 18 und 25 Jahren für die GRÜNEN, so waren es bei der Europawahl 1984 bereits 16,0 %. Das Wahlergebnis von 6,9 %, mit dem die Partei erstmals im Saarland die 5-Prozentgrenze übersprang, resultiert aus 7,9 % der Stimmen von Männern und 6 % von Frauen, wobei die GRÜNEN als einzige Partei mehr männliche als weibliche Wähler für sich gewinnen konnten (53,4 % Männer, 46,6 % Frauen).

Stimmabgabe bei der Europawahl 1984 nach dem Alter

Anteile der Parteien
in Prozent



Prozentpunkte



SPD CDU F.D.P. GRÜNE

Veränderungen zur Europawahl 1979

Während die „Sonstigen“ bei früheren Wahlen eine zu vernachlässigende Größe waren, sind die Stimmenanteile der Splitterparteien bei der Europawahl 1984 erwähnenswert. So kamen die „Sonstigen“ bei den jüngeren Wählern (bis 25 Jahre) auf 4,9 Prozent.

Zum Abschluß sei für die Parteien zusammenfassend festgestellt, welche Rangfolge sie in jeder Altersgruppe einnehmen. Dabei ergibt sich, immer beginnend mit der Partei mit den höchsten Anteilszahlen, folgende Rangfolge in den fünf festgelegten Altersgruppen:

18- bis unter 25-jährige:	SPD	—	CDU	—	GRÜNE	—	F.D.P.
25- bis unter 35-jährige:	SPD	—	CDU	—	GRÜNE	—	F.D.P.
35- bis unter 45-jährige:	SPD	—	CDU	—	GRÜNE	—	F.D.P.
45- bis unter 60-jährige:	SPD	—	CDU	—	GRÜNE	—	F.D.P.
60 und mehr Jahre:	CDU	—	SPD	—	F.D.P.	—	GRÜNE

6. Wählerschaft der Parteien

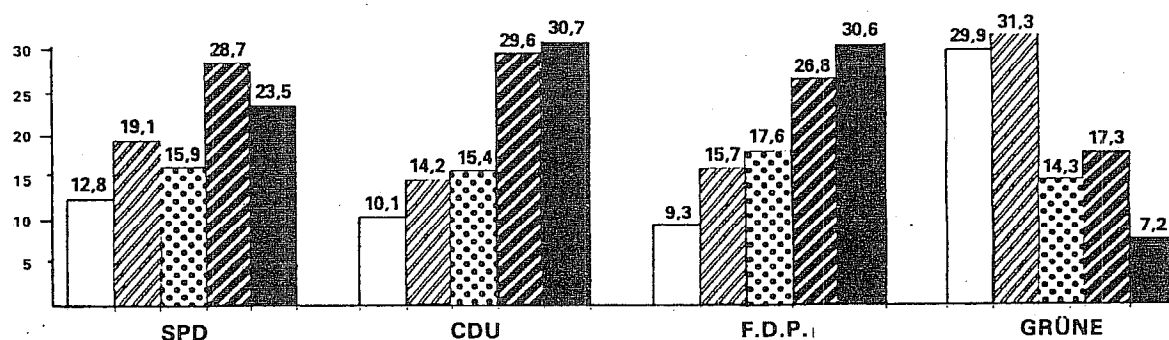
Betrachtet man für jede Partei die Anteile an den einzelnen Jahrgangsschichten im Verhältnis zu ihrer Gesamtwählerschaft, zeigt sich bei den GRÜNEN der jugendliche Charakter noch deutlicher als vorhin beschrieben. 29,9 % ihrer Wähler waren im Alter von 18 bis 25 Jahren und 31,3 % zwischen 25 und 35 Jahren. Allerdings fiel der Anteil der jüngeren Wähler bei der Bundestagswahl noch deutlicher (33%) aus. Auch bei den übrigen Altersgruppen ist die Wählerschaft der GRÜNEN bei der Wahl von 1984 noch hoch

Im folgendem Kapitel soll etwas näher auf die Wählerschaft der Parteien eingegangen werden.

und fällt erst bei denen, die 60 Jahre und älter sind, auf 7,2 % ab. Von den übrigen drei etablier-

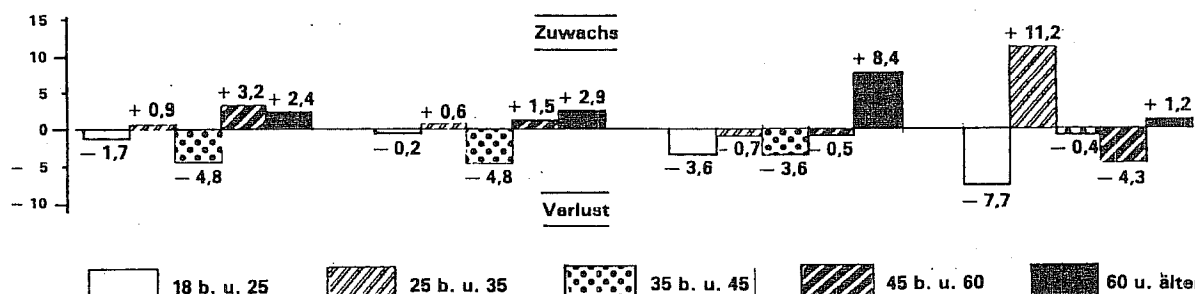
Wählerschaft der Parteien bei der Europawahl 1984 nach dem Alter

Anteil der Altersgruppen
in Prozent



Prozentpunkte

Veränderung zur Europawahl 1979



ten Parteien steht die SPD in Bezug auf die Jungwähler am besten da. 12,8 % ihrer Wähler waren zwischen 18 und 25 Jahren. Die CDU kann 10,1 % ihrer Wählerschaft, die F.D.P. 9,3 % zu dieser Gruppe zählen.

Eine andere Gruppe, die ähnlich abgrenzbar ist, besteht aus den Wählern im Rentenalter. Aus dieser Schicht rekrutiert die CDU den größten Anteil ihrer Wähler. 30,7 % derjenigen, die der CDU ihre Stimmen gaben, waren 60 Jahre und älter; stärker ist der Anteil dieser Jahrgänge bei den Frauen, 34,7 % der weiblichen CDU-Stimmen entfallen auf diese Altersklasse. Größere Verschiebungen in der Wählerstruktur zeigen sich bei den 35- bis 45-jährigen. Hier hat die CDU beträchtliche Einbußen erlitten (— 4,8 Punkte).

Im Vergleich mit den anderen Parteien entspricht die Altersstruktur der SPD-Wähler in auffallender Weise der des Durchschnittswählers. Zu erwähnen sind darüber hinaus starke Einbußen bei den Jungwählern sowie Gewinne bei den Wählern ab 45 Jahren.

Wie die Daten der repräsentativen Wahlstatistik ausweisen, hat die F.D.P., wie auch bei früheren Wahlen, ihre Wählerschaft hauptsächlich aus den Altersgruppen der über 45-jährigen gewonnen.

Zum Schluß dieses Kapitels einige Anmerkungen zu den Splitterparteien. Auffallend ist, daß die Wählerschaft der Friedenspartei fast gleichstark in allen Altersklassen vertreten ist. So entfielen auf die über 60-jährigen noch 16,7 % und auf die Wählerschicht der unter 25-jährigen 21,8 %.

Interessant ist auch die Feststellung, daß die Frauenpartei nicht nur von Frauen gewählt wurde. 18,1 % ihrer Stimmen erhielt sie von Männern. Die Frauen votierten in allen Altersklassen fast gleichmäßig.

Johannes Barth
Dipl.-Mathematiker

Struktur und Entwicklung der Investitionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes 1964 bis 1982

1. Der Aussagewert der Bruttoanlageinvestitionen

2. Strukturveränderung und Entwicklungstendenzen

3. Die Entwicklung der Wirtschaftshauptgruppen im Überblick

3.1 Weiterhin Schwerpunkt im traditionellen Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe

3.2 Wachsendes Anlagevermögen im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe

3.3 Starke Unterschiede im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe

4. Änderung des Bruttoanlagevermögens Grundlage des Strukturwandels

5. Aussagewert und Abgrenzung der Statistischen Daten

1. Der Aussagewert der Bruttoanlageinvestitionen

Die Investitionstätigkeit von Unternehmen und Betrieben prägt sowohl die kurz- als auch langfristige Entwicklung unserer Volkswirtschaft. Im Konjunkturzyklus kommt den Investitionen eine zentrale Rolle zu. Während bei kurzfristiger Beobachtung vor allem den Lagerinvestitionen Aufmerksamkeit geschenkt wird, sind es bei langfristigen Betrachtungen die Anlageinvestitionen, die im Mittelpunkt stehen. Über die Anlageinvestitionen wird der Kapitalstock einer Volkswirtschaft erneuert und erweitert. Sie bilden langfristige Festlegungen über Größe und Struktur des Produktionsapparates. Anhand der Anlageinvestitionen soll nachfolgend die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes des Saarlandes im Zeitraum 1964 bis 1982 dargestellt werden. Die Veränderungen in den Material- und Warenbeständen werden hierbei nicht in den Begriff der Investition eingeschlossen. Wenn im

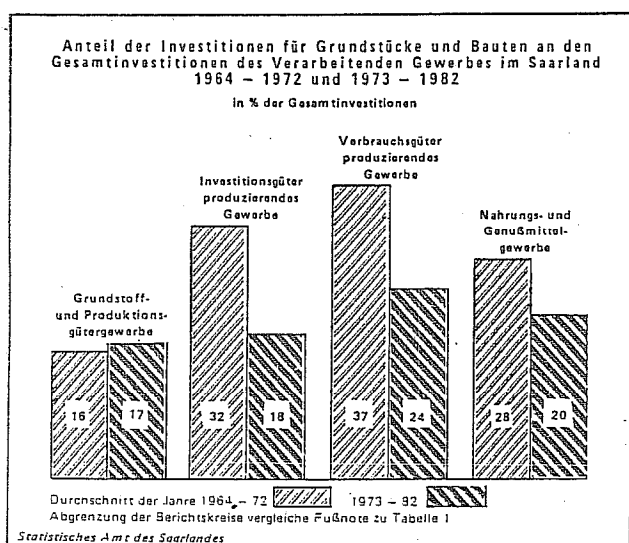
folgenden von Investitionen gesprochen wird, sind stets die Bruttozugänge auf Anlagekonten gemeint.

Zu den Bruttoanlageinvestitionen gehören alle aktivierten dauerhaften Sachanlagen der Betriebe in der Form von Ausrüstungsgütern, Bauten und Grundstücken. Unter Ausrüstungsinvestitionen werden die angeschafften oder selbst hergestellten maschinellen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen einschließlich Werkzeugen, aktivierter geringwertiger Wirtschaftsgüter, bis hin zu Fahrzeugen und Schiffen verstanden. Zu den Bauinvestitionen der Betriebe gehören die bebauten Grundstücke einschließlich Geschäfts-, Fabrik- und Wohnbauten. Die Investitionen in unbebaute Grundstücke werden im Rahmen der Bruttoanlageinvestitionen gesondert ausgewiesen, sie umfassen auch die Grundstücksaufschließungskosten. Die Bruttoanlageinvestitionen beinhalten sowohl die Ersatzinvestitionen (Reinvestitionen) als auch die Erweiterungsinvestitionen (Nettoinvestitionen), die der Vergrößerung der Kapazität des Betriebes gelten. Zwischen Modernisierungsinvestitionen, die auch der Kapazitätserweiterung dienen können, und Rationalisierungsinvestitionen, die primär auf kostengünstigere Produktion ohne Kapazitätserweiterung zielen, wird nicht unterschieden.

Den Investitionen kommt in jeder modernen Volkswirtschaft eine zentrale Stellung zu. Die Investitionstätigkeit stellt in der Aufschwungphase des Konjunkturzyklusses die wesentliche dynamische Kraft dar. Dies unterstreicht ihre Bedeutung für den Konjunkturverlauf. Der Bau neuer Produktionsanlagen, der Ersatz veralteter Anlagen, das Ausmaß und die Schnelligkeit der Einführung und Übernahme neuer Verfahrenstechnologien entscheiden langfristig über die Qualität des Kapitalstocks einer Volkswirtschaft. Bei sinkender Modernität und steigendem Durchschnittsalter der Anlagen besteht Gefahr für die Produktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit. Das Wachstum des Produktionspotentials als Ausdruck für die Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft ist entscheidend abhängig

vom Umfang und von der Produktivität des Anlagevermögens.

Mit den Bruttoanlageinvestitionen allein ist die Bestimmung des Gesamtwertes des Anlagevermögens nicht möglich. Schwierigkeiten bereitet die Ermittlung der Abschreibung als Wertminderung der Produktionsmittel durch Verschleiß im Produktionsprozeß und infolge wirtschaftlichen Veraltens. Eine behelfsmäßige Lösung bildet hierbei die Annahme eines weitgehend gleichförmigen Verlaufs der Abschreibungen. Unter dieser Annahme kann von den Bruttoanlageinvestitionen auf den Verlauf der Nettoanlageinvestitionen und die Entwicklung des Anlagevermögens zurückgeschlossen werden.



Neues technisches Wissen und neue Fertigungsprozesse finden über neue Maschinen und maschinelle Anlagen Einzug in den Produktionsprozeß. Kapazitätserweiterungen sind häufig mit neuen Bauten verbunden. Vor allem wenn völlig neue Produktionskapazitäten aufgebaut werden, sei es durch Neuansiedlung ganzer Betriebe oder wesentliche Erweiterungen bestehender Produktionsstätten, findet dies in Bauinvestitionen seinen Niederschlag. Das Anziehen der unternehmerischen Bauinvestitionen deutet auf wesentliche Erweiterungen des Produktionspotentials hin. Bei den Aufwendungen für Maschinen und maschinelle Anlagen ist die Zielrichtung der Investitionen schwerer zu beurteilen. Aber auch bei reinen Modernisierungsinvestitionen ohne Kapazitätseffekt wird die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Produktion erhalten und gefördert.

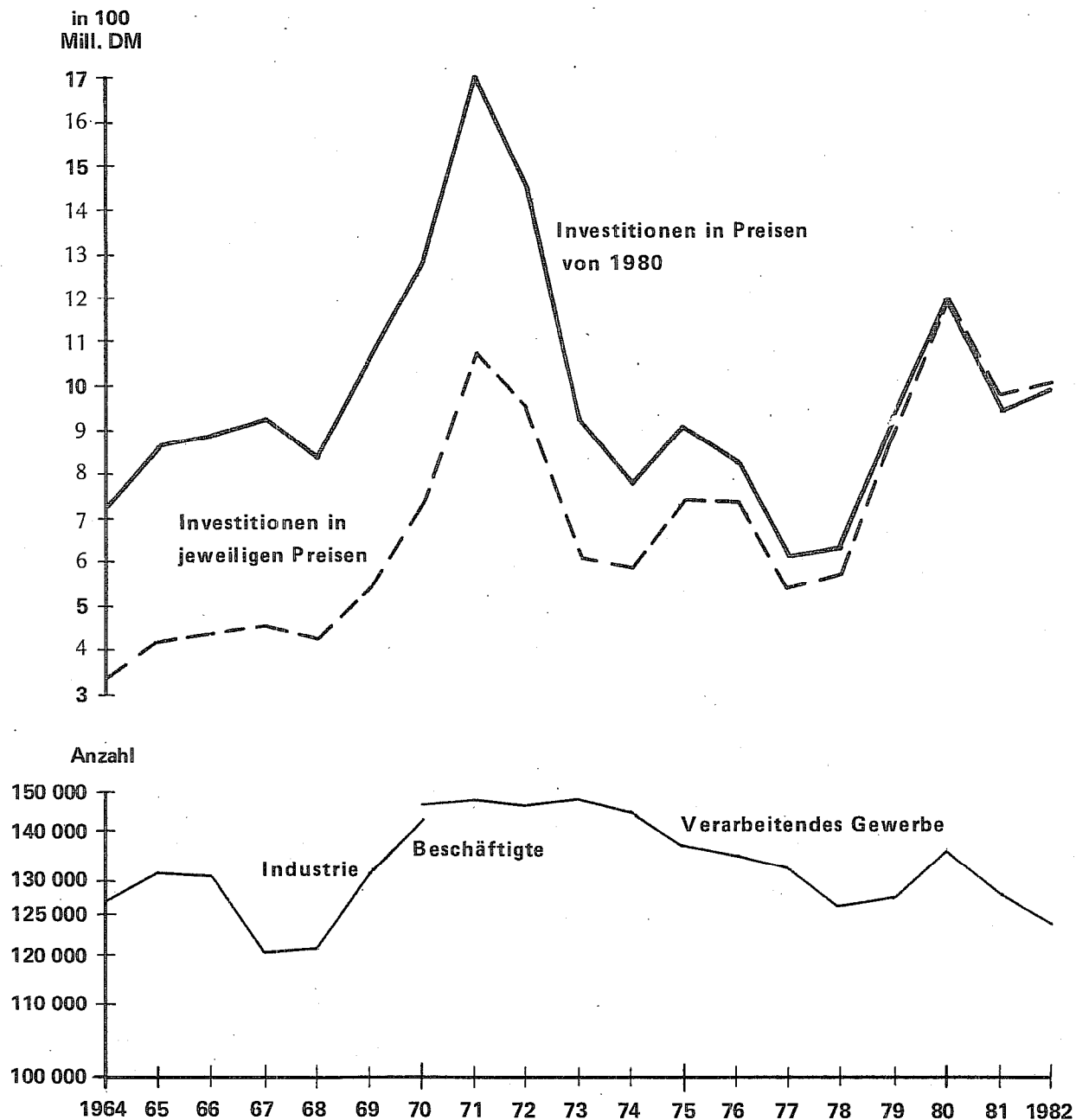
2. Strukturveränderung und Entwicklungstendenzen

Die spezifische saarländische Wirtschaftsstruktur findet auch in der Verteilung der Investitionen auf die Wirtschaftshauptgruppen Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, Investitionsgüter produzierendes Gewerbe, Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe und Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ihren Niederschlag. In den 60er Jahren entfielen 55 % der Bruttoanlageinvestitionen im Saarland auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und nur knapp 25 % auf das Investitionsgüter produzierende Gewerbe; im Bund waren die Relationen 40 % zu 35 %. Die Investitionen entscheiden, wo bestehende Kapazitäten erhalten werden oder wo neue entstehen. Geprägt wurde die Investitionstätigkeit im Saarland durch den traditionellen Montankern. Im Bundesgebiet steht mit Abstand an erster Stelle die chemische Industrie. Mit den Aufwendungen für die Erweiterung oder Modernisierung der Produktionsanlagen wurden zugleich Festlegungen auch über die künftige Wirtschaftsstruktur getroffen.

Die Investitionstätigkeit trägt und bestimmt wesentlich den Konjunkturzyklus. Auch ein sehr diskontinuierlicher Entwicklungsverlauf spiegelt dies wieder. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen im Saarland mit 1964 beginnend kontinuierlich bis 1967; 1968 folgte nur ein kurzer und vorübergehender Einbruch. Im Bundesgebiet gaben die Investitionen bereits ein Jahr früher nach, um dann ebenso wie im Saarland ab 1969 auf ein bisher noch nicht erreichtes Niveau wieder hoch zu schnellen. Während im Bundesgebiet die Entwicklung bereits 1971 abknickte und zumindestens ruhigere Jahre ankündigte, blieb der Expansionskurs im Saarland zunächst noch voll erhalten. Ab 1972 befand sich dann auch die Investitionstätigkeit im Saarland parallel zum Bundestrend voll auf Talfahrt.

Die folgenden Jahre brachten ein weiteres Abgleiten. Die Investitionsquote, als Anteil der Bruttoinvestitionen am Bruttosozialprodukt, ging weiter zurück. Die Folge war ein Ansteigen des Durchschnittsalters der Produktionsanlagen. Ungünstige Ertragslage, ungewisse Ertragsaussichten verbunden mit unbefriedigender Kapazitätsauslastung ließen kaum Anreize für

Bruttoanlageinvestitionen und Beschäftigte in der Industrie (im Verarbeitenden Gewerbe) des Saarlandes 1964 – 1982



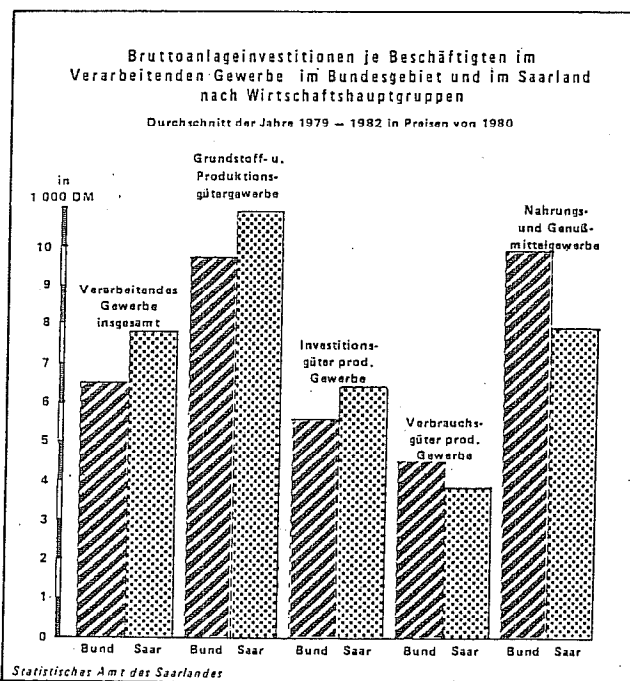
Berichtskreis der Investitionsdaten wie in Tabelle 1 abgegrenzt; Zur Preisbereinigung wurde der Erzeugerpreisindex für Investitionsgüter und der Preisindex für gewerbliche Betriebsgebäude auf Basis 1980 = 100 benutzt. Beschäftigte; 1964 – 1970 Abgrenzung entsprechend Industriebericht Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, 1970 – 1982 Abgrenzung nach SYPRO Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten einschließlich Handwerksbetriebe. Die Beschäftigten für den Zeitraum 1970 – 1976 wurden rückgerechnet.

größere Erweiterungsinvestitionen aufkommen. Bei gleichzeitig härter werdenden Bedingungen auf den Absatzmärkten war eine Tendenz der Unternehmen zur Nutzung der technischen Rationalisierungsmöglichkeiten zu erwarten. Steigende Insolvenzfälle bundesweit zeigten auch auf Kapitalstrukturprobleme einiger Unternehmen hin und dürften das Risikobewußtsein auch in Bezug auf die teilweise knappe Eigenkapitalausstattung gefördert haben. An die Stelle von Erweiterungsinvestitionen mit künftigem Arbeitsplatzeffekt trat der Ersatz und die Modernisierung der Altanlagen. Der starke Abfall der Bruttoanlageinvestitionen deutete auf ein noch stärkeres Absacken der Nettoinvestitionen hin. Im Resultat führte dies volkswirtschaftlich zu einem stark verlangsamten Wachstum des Produktionspotentials und einem Anstieg des Durchschnittsalters der Anlagen.

Der Rückgang der Investitionstätigkeit erreichte im Saarland bereits 1974 seinen Tiefpunkt. Nachdem die Investitionen wieder leicht angestiegen waren, verharrten sie bis 1978 auf weiterhin niedrigem Niveau. Im Bund zeichnete sich lediglich 1976 eine kurze Unterbrechung des Abwärtstrends ab. Hier wurde erst 1977 der Tiefpunkt erreicht, dem nun aber ein steiler Aufstieg folgte. Parallel zum Bundestrend zogen 1979 und 1980 die Aufwendungen der Unternehmen für die Erneuerung und Ausweitung der Produktionsanlagen stark an. Von einem deutlich niedrigerem Niveau startend fiel der Anstieg im Bund sowohl absolut als auch relativ stärker aus als im Saarland. Auch in der Struktur ergeben sich zwischen der bundesdeutschen und saarländischen Entwicklung gravierende Unterschiede. Bruttozugänge ins Anlagevermögen waren im Bund vor allem im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe zu verzeichnen. Erst mit deutlichem Abstand folgten die Bereiche der Herstellung von Grundstoff- und Produktionsgütern sowie die Bereiche der Herstellung von Konsumgütern für den privaten Verbrauch. Ein ganz anderes Bild im Saarland. Hier zogen zwar auch die Aufwendungen im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe an, entscheidend war jedoch der Beitrag des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes, das vor allem den traditionellen Montankern beinhaltet.

Die Jahre 1981 und 1982 waren sowohl im

Bund als auch im Saarland von einem erneuten Rückgang der Investitionstätigkeit geprägt. Weder in der Bewegungsrichtung noch in der Intensität gab es gravierende Unterschiede. Zurückblickend heben sich im Saarland bezüglich der Investitionstätigkeit drei deutlich ausgeprägte Spitzenjahre hervor: 1967, 1971 und 1980. Mit Ausnahme der 60er Jahre fallen diese im Saarland im wesentlichen mit der bundesdeutschen Entwicklung zusammen.



3. Die Entwicklung der Wirtschaftshauptgruppen im Überblick

3.1 Weiterhin Schwerpunkt im traditionellen Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe

Wie bereits früher dargestellt, kommt auch bei der Analyse der Investitionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes das besondere Gewicht des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes zum Tragen. Bis 1968 flossen kontinuierlich über die Hälfte der Anlageinvestitionen der saarländischen Betriebe in die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie. Während in den 70er Jahren der Anteil dieser Wirtschaftshauptgruppe spürbar zurückging, betrug er in den letzten 3 Jahren wieder gut 50 %. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe tätigte nicht nur die höchsten Investitionen, sondern besitzt auch eine hohe Kapitalausstattung je Arbeitsplatz.

Das heißt der Erhalt oder die Errichtung von Arbeitsplätzen in dieser Hauptgruppe beansprucht die relativ höchsten Aufwendungen. Dies ist keine saarländische Besonderheit, sondern auch im übrigen Bundesgebiet gegeben. Die Bruttoanlageinvestitionen je Beschäftigten in Preisen von 1980 belaufen sich hier auf über 9 000 DM jährlich. Mitte der 70er Jahre lagen sie sogar weit über 10 000 DM.

Dominiert wird das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe des Saarlandes durch die Eisenschaffende Industrie. Während im Bundesgebiet die Chemische Industrie mit Abstand an erster Stelle steht und die Eisenschaffende Industrie knapp an zweiter, ist die Chemische Industrie im Saarland ohne große Bedeutung. Vom Investitionsvolumen her gewichtig sind im Bund auch der Wirtschaftszweig Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden sowie die Mineralölverarbeitung, im Saarland die Gießereien und die Gummiverarbeitung.

Bis 1971 lag der Anteil der Investitionen der Eisenschaffenden Industrie des Saarlandes über dem Anteil an den Beschäftigten dieses Bereiches im gesamten Bundesgebiet. Es kann davon ausgegangen werden, daß in diesen Jahren die Modernisierung der saarländischen Produktionsanlagen gut vorankam. Für die Jahre 1972 bis 1978 änderte sich das Bild grundlegend. Investitionstätigkeit und Beschäftigung klappten radikal auseinander. Die in den Bruttozugängen zum Anlagevermögen zum Ausdruck kommenden Modernisierungsanstrengungen blieben weit hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Eine zu geringe Investitionsquote über Jahre bleibt in einer Zeit raschen technischen Wandels nicht ohne negative Folgen für die Produktivität und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit. Nach diesen 8 Jahren erfolgte in den Jahren 1979 bis 1982 wieder ein Investitionsschub.

Der Wirtschaftszweig Gummiverarbeitung ist im Saarland ein Beispiel für den auch innerhalb des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes abgelaufenen Strukturwandel. 1965 stiegen in diesem Wirtschaftszweig die Ausgaben für unbebaute Grundstücke; darauf folgte 1966 ein Anstieg der Aufwendungen für Bauten. 1967 und 1968 zogen die Investitionen in Maschinen und maschinelle Anlagen an, begleitet bereits 1968 von ei-

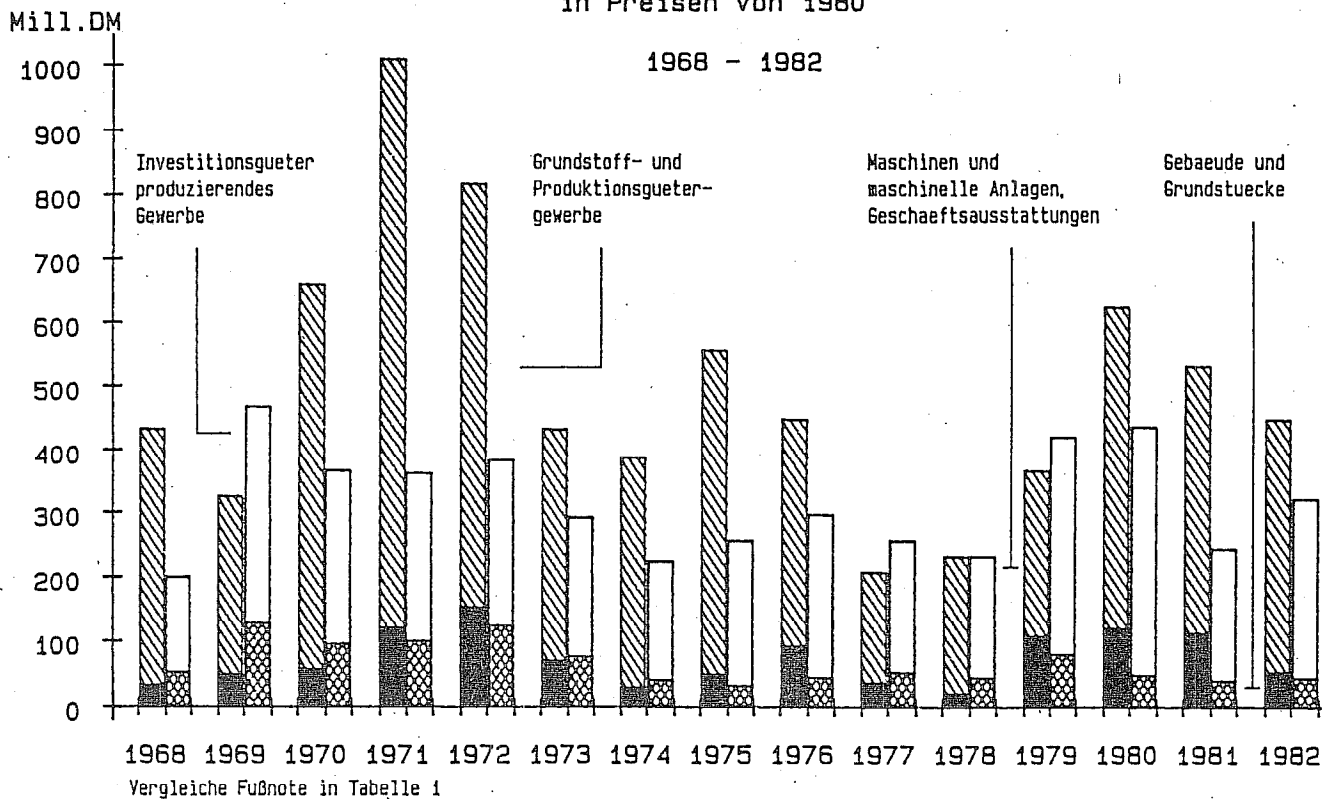
ner Aufstockung der Belegschaft. Einen neuen, nun aber kräftigeren Investitionsschub gab es 1971 und 1972. Die Bruttozugänge zum Anlagevermögen erreichten ihre bisherige Rekordmarke. Die neuerrichteten Produktionsstätten begannen 1971 und 1972 voll zu produzieren. Im Zeitraum 1971 bis 1974 wurden 2 000 Arbeitsplätze neugeschaffen. Innerhalb von 4 Jahren hatte sich die Zahl der Beschäftigten auf 4 200 Personen verdoppelt. In den Folgejahren blieben die Neuzugänge zum Anlagevermögen natürlich nicht auf dem Niveau der Gründungsphase. Die Produktionszahlen stiegen dagegen bis 1981 weiter. Im Zeitraum 1974 bis 1980 erhöhten sich aber auch noch einmal die Belegschaftszahlen um 300.

Im Gegensatz zur Gummiverarbeitung, die als relevanter saarländischer Wirtschaftszweig erst Ende der 60er Jahre im Zuge von Neuansiedlungen mit völlig neuen Produktionskapazitäten entstanden war, handelt es sich bei den Gießereien um einen Wirtschaftszweig mit langer Tradition an diesem Standort. Große Neuanlagen mit entsprechend umfangreichen Baumaßnahmen waren hier nicht zu verzeichnen. Die Bruttozugänge zum Anlagevermögen bestanden in neuen Maschinen und maschinellen Anlagen. Neue Produktionsstätten wurden nicht aufgebaut, dafür aber der Kapitalstock stetig modernisiert. Die technischen Neuerungen fanden in neuen Produktionsverfahren und Produktinnovationen sowie den entsprechenden Investitionen in den Maschinenpark ihren Niederschlag. Die neuen Fertigungsanlagen waren natürlich auch mit einer Erweiterung der Produktionskapazität verbunden. Der Anteil der saarländischen Investitionen lag ständig über dem Anteil an den Beschäftigten dieses Bereiches im Bundesgebiet. Insgesamt spricht dies auch für die Erhaltung der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit durch eine hohe Investitionsquote.

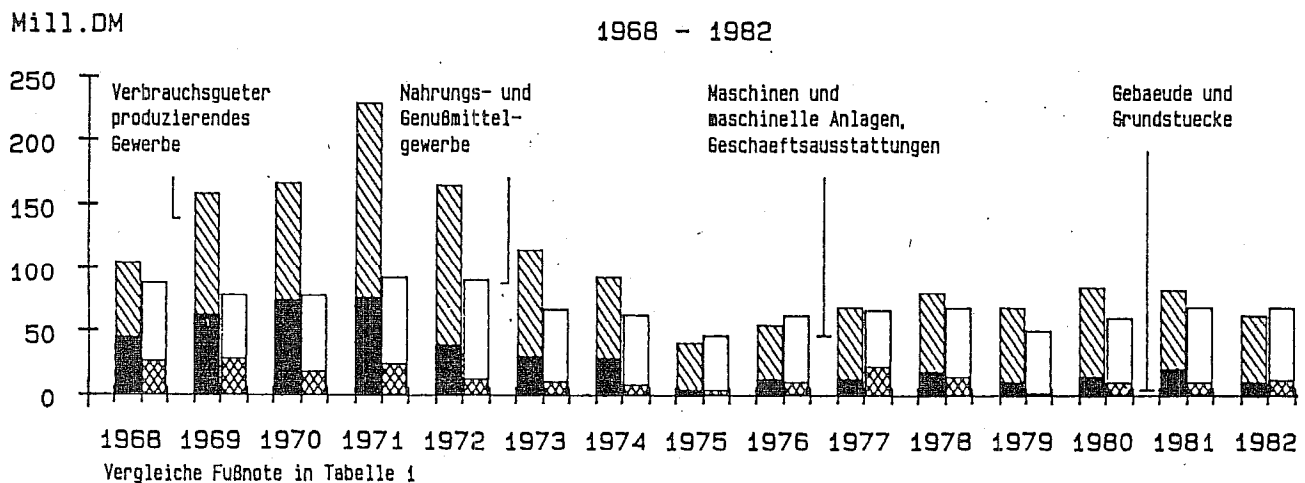
3.2 Wachsendes Anlagevermögen im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe

Die Herstellung von Grundstoff- und Produktionsgütern bestimmte die saarländische Industriestruktur in den 60er Jahren. Das überragen-

**Bruttoanlageninvestitionen im Grundstoff- und Produktionsguetergewerbe
und im Investitionsgueter produzierenden Gewerbe des Saarlandes
in Preisen von 1980**



**Bruttoanlageninvestitionen im Verbrauchsgueter produzierenden Gewerbe
und im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe des Saarlandes
in Preisen von 1980**



de Gewicht dieses Bereiches fand in der nur schwach vertretenen Herstellung von Investitionsgütern sein Pendant. Auch die Investitionstätigkeit spiegelte lange Zeit dieses von der überkommenen Produktionsstruktur bestimmte Bild wieder. Bis Mitte der 60er Jahre blieben die Bruttoanlageinvestitionen im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe des Saarlandes auf niedrigem Niveau. Erst 1968 zogen die Aufwendungen in dieser Hauptgruppe stark an, sie erreichten aber bereits 1969 ihren ersten Höhepunkt und blieben dann weitere drei Jahre auf einem insgesamt hohen Niveau. Der Zeitraum 1968 bis 1973 kann als Periode starken Wachstums des Anlagevermögens und damit auch des künftigen Produktionspotentials charakterisiert werden. In diesem Zeitraum wurde die maschinelle Ausstattung nicht nur erneuert, es entstanden auch neue und erweiterte Produktionskapazitäten, die die Grundlage des künftigen Strukturwandels bilden werden.

In den Rezessionsjahren 1974/75 kamen Erweiterung und Erneuerung der Produktionsanlagen ins Stocken. Bis 1978 blieb die Entwicklung verhalten. Während im Bundesgebiet bereits ab 1977 die Investitionstätigkeit nach oben gerichtet war, geschah dies im Saarland erst ab 1979. Nach nur zwei Jahren ließ diese positive Entwicklung im Saarland schon wieder nach. Wenn auch im Bundesgebiet die Investitionsausgaben in den Jahren 1981/82 rückläufig waren, so bewegten sich diese doch noch auf relativ hohem Niveau. Im Saarland dagegen sackten die Investitionsausgaben im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe jedoch fast wieder auf das extrem tiefe Niveau Mitte der 70er Jahre ab.

Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe des Saarlandes war ursprünglich zum großen Teil im Anschluß an den traditionellen Montankern entstanden, wofür die Wirtschaftszweige Stahlverformung und Stahlbau stehen. Prägend für die Gesamtentwicklung dieser Hauptgruppe wurde jedoch der neuangesiedelte Straßenfahrzeugbau. Ende der 60er Jahre zogen hier die Investitionen im Zuge neu entstehender Produktionsstätten stark an. Parallel hierzu ergab sich eine kontinuierliche Ausweitung der Belegschaft. Die im saarländischen Investitionsgüter produzierenden Gewerbe zu beobachtende Dynamik wurde von der Expansion des Straßenfahrzeugbaus getra-

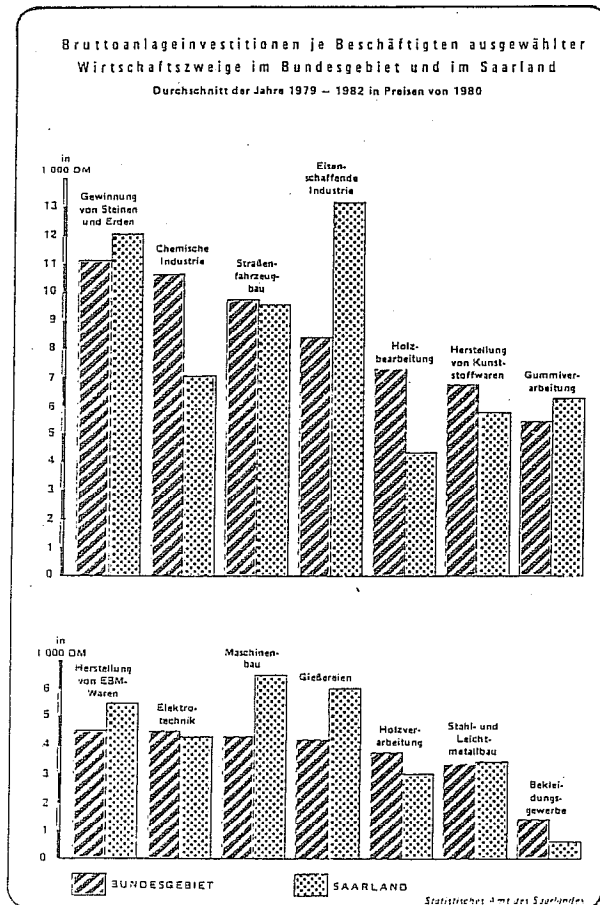
gen. Mit geringen Schwankungen war hier bis 1981 ein stetiges Wachstum zu verzeichnen.

Die Elektrotechnik, ein im Saarland auch weitgehend neuer Wirtschaftszweig, weitete in den Jahren 1964 bis 1966 ihre Produktionsanlagen spürbar aus. Mit Ausnahme der Jahre 1971 und 1972 blieben dann aber größere Schübe aus. Starke Schwankungen in seiner Investitionstätigkeit weist der Stahl- und Leichtmetallbau auf, während der Maschinenbau demgegenüber eine etwas kontinuierlichere Entwicklung zeigt.

Der Zeitraum 1968 bis 1973 ist eine für den Strukturwandel der saarländischen Industrie zentrale Periode. In diesen Jahren erfolgten entscheidende Investitionen in das bisher im Saarland nur schwach vertretene Investitionsgüter produzierende Gewerbe. Der Aufbau neuer Produktionsstätten legte den Grundstein für die später folgenden Erweiterungs- und Modernisierungsaufwendungen. Gefördert wurde dieser Strukturwandel durch das günstige Konjunkturklima im gesamten Bundesgebiet. Mit der Abschwächung der allgemeinen Wachstumsdynamik kam auch diese Entwicklung ins Stocken. Die gedämpften wirtschaftlichen Zukunftserwartungen ließen kaum noch Raum für große Kapazitätserweiterungspläne.

Ein generelles Merkmal des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes, nicht nur des Saarlandes, ist die unterdurchschnittliche Kapitalausstattung. Die jährlichen Bruttoanlageinvestitionen je Beschäftigten werden nur noch vom Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe unterboten. Im Durchschnitt der letzten 6 Jahre wurden jährlich pro besetzten Arbeitsplatz im Saarland 5 300 DM investiert. Wenn auch die saarländischen Zahlen eine erheblich breitere Streuung aufweisen, so liegen sie trotzdem merklich über den Bundeszahlen. Die mit Abstand größte Position der Bruttozugänge zum Anlagevermögen sind die Maschinen und maschinellen Anlagen. Der Position Bauten kommt in den letzten Jahren eine untergeordnete Rolle zu. Neue, die Kapazität wesentlich erweiternde und damit auch neue Arbeitsplätze schaffende Investitionen scheinen damit kaum noch getätigt worden zu sein. Im Vordergrund standen Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen. Diese, die Modernität und die Produktivität der Anlagen fördernde

Neuzugänge sind, wenn sie schon keine neuen Arbeitsplätze schufen, zumindest geeignet, die Wettbewerbsfähigkeit der bestehenden zu fördern und zu erhalten.



3.3 Starke Unterschiede im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe

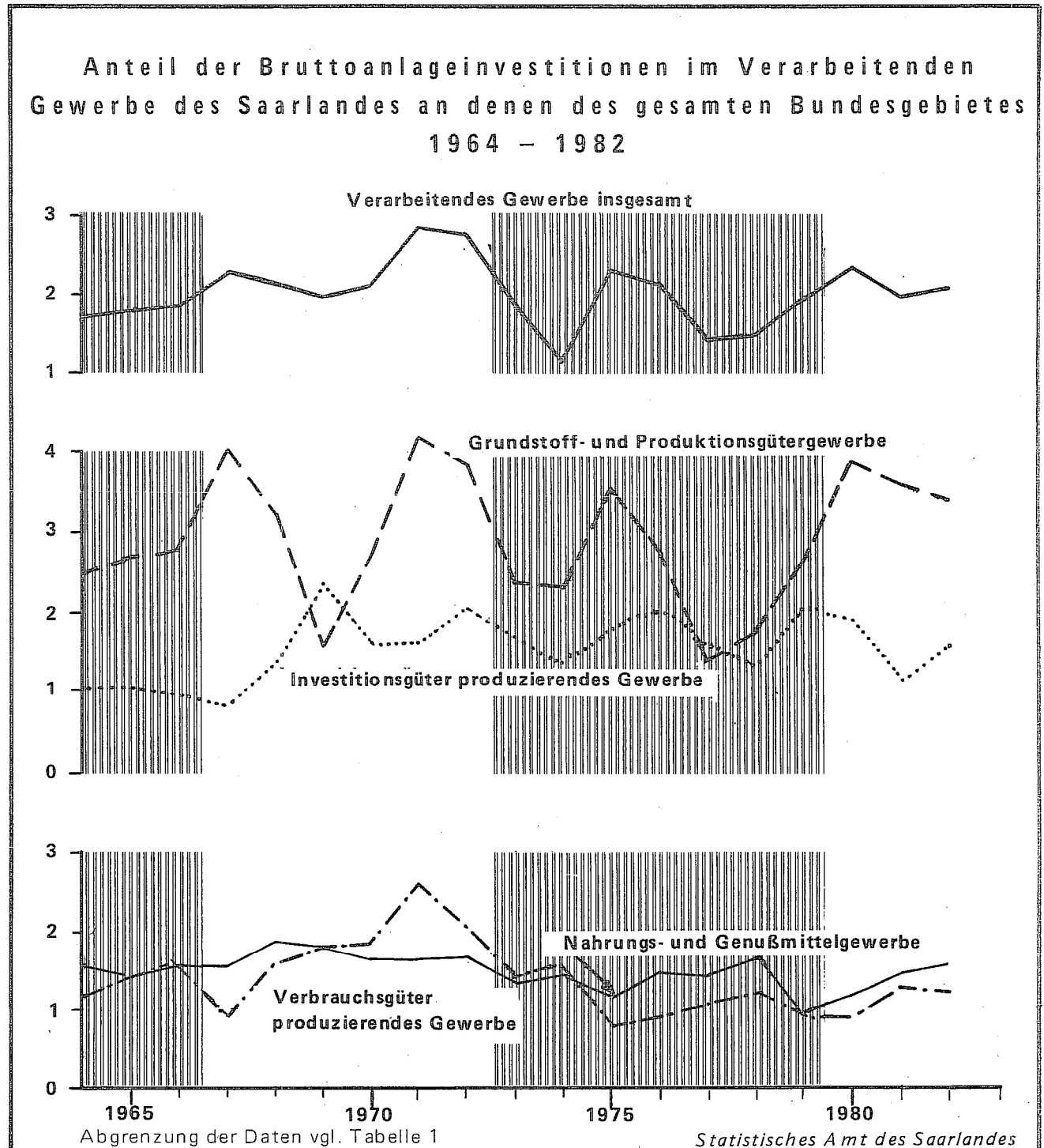
Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe ist eine sehr diskontinuierliche Entwicklung der Bruttozugänge zum Anlagevermögen zu verzeichnen. Die Investitionsausgaben liegen hier nicht nur im Saarland, sondern auch im gesamten Bundesgebiet merklich unter dem Durchschnitt der anderen Wirtschaftshauptgruppen, sogar noch unter denen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes. Im Bundesgebiet gab es im Zeitraum 1977 bis 1982, in Preisen von 1980 gerechnet, eine Schwankungsbreite von 4 100 DM bis 4 700 DM und im Saarland von 3 600 DM bis 4 600 DM je Beschäftigten. Selbst in Spitzenjahren blieben die Ausgaben je Beschäftigten hinter denen des Durchschnitts aller Bereiche zurück.

Die Investitionsausgaben im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe stiegen im Saarland Ende der 60er – Anfang der 70er Jahre stark an. 1968 bis 1971 zogen die Ausgaben für Bauten an. Ein ähnlich ausgeprägter Zuwachs war im Bundesgebiet nicht zu beobachten. Die Ausgaben für Maschinen und maschinelle Anlagen erhöhten sich im gleichen Zeitraum. Mit 1972 fielen die Ausgaben für Fabrikgebäude stark ab. Die Position „Maschinen und maschinelle Anlagen“ ging zwar auch zurück, aber nicht im gleichen Ausmaß. Inhaltlich bedeutet dies, daß mit dem Jahr 1972 die Phase größerer Betriebsstät- tengründungen im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe des Saarlandes vorbei war. Die Investitionen der Folgejahre zielten nicht mehr primär auf Kapazitätserweiterung, sondern auf Modernisierung und Rationalisierung. Die Bruttozugänge im Anlagevermögen fielen, weitgehend parallel zum Bund, bis 1975 weiter zurück. Während im Bund nun eine fünfjährige Aufschwung- phase bis 1980 einsetzte, gab es im Saarland eine diskontinuierliche Entwicklung mit schwachen Wachstumsimpulsen. Ein den frühen 70er Jahren vergleichbares Investitionsniveau wurde im Saarland nicht wieder erreicht.

Prägend für den Verlauf der Investitionstätigkeit im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe des Saarlandes der letzten zwei Jahrzehnte war der Beitrag des Bekleidungs-gewerbes. Der Zeitraum 1966 bis 1972 stand im Zeichen größerer Investitionen im Bekleidungs-gewerbe, wobei auch Bauten eine gewichtige Position bildeten. Ab 1973 begann sich die Struktur der Bruttozu- gänge ins Anlagevermögen radikal zu ändern. Die Investitionen gingen stark zurück. In Baumaß- nahmen wurde kaum noch investiert, die getätig- ten Ausgaben waren überwiegend für Maschinen und maschinelle Anlagen bestimmt, d.h. für die Modernisierung des Produktionsapparates. Der kontinuierliche Rückgang der Investitionen hatte Anfang der 80er Jahre ein Niveau erreicht, das sogar weit unter dem der frühen 60er Jahre lag. Ebenfalls im Zeitraum 1968 – 1972 war das An- lagevermögen im Wirtschaftszweig Herstellung von Kunststoffwaren gestiegen. In dieser Periode wurden erhebliche Neukapazitäten aufgebaut. Aber auch hier stellte sich für den Zeitraum nach 1972 ein deutlicher Rückgang der Investitionen ein. Ähnliches, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß, kann für die saarländische Holzverarbei- tung angeführt werden.

Die zweite primär für den privaten Konsum tätige Wirtschaftshauptgruppe ist das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Es weist im Vergleich zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe eine hohe Kapitalintensität auf. Darüber hinaus zeigt es keinen so ausgeprägten Konjunkturzyklus wie die übrigen Hauptgruppen. Gemessen an der Investitionstätigkeit erreicht es den oberen Wendepunkt oft erst ein Jahr nach den übrigen Bereichen. Der Verlauf der Investitionstätigkeit im Saarland ist der Bundesentwicklung ähnlich und weicht ebenfalls vom Verlauf der anderen Be-

reiche wesentlich ab. Das starke Anziehen der Bruttozugänge zum Anlagevermögen Ende der 60er -,Anfang der 70er Jahre blieb im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe des Saarlandes aus. Der nach den 70er Jahren in den anderen Bereichen dann einsetzende starke Rückgang fehlte aber ebenfalls. Der generelle Verlauf der Investitionstätigkeit mit einem Tiefpunkt 1975 war aber auch hier zu beobachten. Seit 1979 stiegen die Investitionsausgaben wieder leicht, ohne jedoch den stetigen Pfad der Vorjahre zu verlassen.



4. Änderung des Bruttoanlagevermögens Grundlage des Strukturwandels

In den vorangegangenen Abschnitten wurde die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe während der letzten beiden Jahrzehnte dargestellt. Die Änderungen in den Bruttoanlageinvestitionen galten als Indiz für Änderungen der Nettoinvestitionen und damit letztendlich des Anlagevermögens. Der Verlauf der Bruttoanlageinvestitionen gibt Aufschluß über die Änderung der Produktionskapazitäten. Der Strukturwandel einer Volkswirtschaft ist eng verknüpft mit den Änderungen im Produktionssapparat, der nur über neue Investitionen erfolgen kann. Die Darstellung der Investitionstätigkeit nach Wirtschaftshauptgruppen oder Wirtschaftszweigen wird so zur Beschreibung des abgelaufenen und des zu erwartenden Strukturwandels.

Ein in Grenzen überraschendes Ergebnis ist die fortbestehende Dominanz des traditionellen, durch seinen Montankern geprägten Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes. In den 60er Jahren gingen weit über 50 % der saarländischen Investitionen ins Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. Anfang und Mitte der 70er Jahre waren es noch immer knapp 50 %. In den letzten sechs Jahren fiel dieser Anteil auf 47 %. Der Anteil der Beschäftigten dieser Hauptgruppe am gesamten Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes betrug jedoch nur noch 30 %. Die hohe Kapitalintensität der Produktionsweise in dieser Hauptgruppe erfordert einen hohen Kapitaleinsatz für die Modernisierung der hier bestehenden Arbeitsplätze. In der Relation Bruttoanlageinvestitionen je Beschäftigten kommt dieser Sachverhalt bei stark schrumpfenden Beschäftigungszahlen jedoch nur unzureichend zum Ausdruck.

Dem hohen Kapitaleinsatz im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe korrespondieren die niedrigeren Anteilswerte der anderen Hauptgruppen. Auf Grund des Expansionskurses im Straßenfahrzeugbau konnte das Investitionsgüter produzierende Gewerbe seine Stellung ausbauen, wenn es auch noch nicht das Gewicht erreicht hat, das ihm im Bundesgebiet zukommt. Flossen in den 60er Jahren nur etwa 25 % der Bruttoanlageinvestitionen ins Investitionsgüter produzierende Gewerbe, so waren dies in den letzten

sechs Jahren jedoch bereits 35 %, bei 43 % im Bundesdurchschnitt. Die Anteilswerte geben den ablaufenden Wandlungsprozeß nicht voll wieder. Während die Investitionsausgaben je Beschäftigten sich in den anderen Hauptgruppen unter dem Bundesdurchschnitt bewegen, liegen diese im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe über diesem. Die Ausgaben für Maschinen und maschinelle Anlagen fallen im saarländischen Investitionsgüter produzierenden Gewerbe zur Zeit relativ höher aus als im Bundesgebiet. Es dürfte sich hierbei kaum um Erweiterungsinvestitionen, sondern überwiegend um Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen handeln. Langfristig betrachtet, tragen diese Ausgaben ins Anlagevermögen jedoch zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze bei.

5. Aussagewert und Abgrenzung der Statistischen Daten

Die in dieser Abhandlung benutzten Daten entstammen statistischen Erhebungen aus zwei Jahrzehnten. In diesen zwei Jahrzehnten gab es sowohl in den Unternehmen und Betrieben Veränderungen, die den Aussagewert der erhobenen Daten tangieren, als auch in der amtlichen Statistik Umstellungen, die die Abgrenzung der Merkmale, die systematische Zuordnung und die Berichtskreise berühren. Soweit methodische Änderungen vorliegen, können die hier überwiegend qualitativ getroffenen Feststellungen beibehalten werden. Für einzelne Wirtschaftszweige ergeben sich jedoch gravierende Änderungen. In diesen Fällen wurde auf eine Analyse der Daten verzichtet. Weitere Probleme bereitete die Deflationierung von Zeitreihen, die sich über zwei Jahrzehnte erstrecken. Auch hier mußte mit den verfügbaren Indizes gearbeitet werden und die auftretenden Unschärfen in Kauf genommen werden. Die Ausgaben für Maschinen und maschinelle Anlagen wurden mit dem Erzeugerpreisindex für Investitionsgüter und die Ausgaben für Bauten und Grundstücke mit dem saarländischen bzw. bundesdeutschen Preisindex für den Neubau von gewerblichen Betriebsgebäuden auf Basis 1980 = 100 preisbereinigt.

Ein zweiter Komplex betrifft die Verhaltensänderungen bei Betrieben und Unternehmen. Ziel bei der Erhebung der Bruttoanlageinvestitionen

ist es auch, Informationen über die Nettoinvestitionen und das Anlagevermögen zu gewinnen. Hierüber ist der Rückschluß auf Produktionskapazität und Produktionspotential möglich. Dies setzt jedoch voraus, daß sich die der Produktion dienenden Anlagen überwiegend im Besitz des jeweiligen Unternehmens befinden. Bilden produzierendes Unternehmen und besitzendes Unternehmen keine Einheit, sind beide wirtschaftssystematisch vielleicht sogar unterschiedlichen Wirtschaftszweigen oder gar Wirtschaftsabteilungen zuzuordnen, werden die den vorangegangenen Überlegungen zugrunde liegenden Voraussetzungen wesentlich gestört.

Die zuvor benutzten Daten entstammen der jährlichen Investitionserhebung bei Betrieben und Unternehmen des (Bergbaus und) Verarbeitenden Gewerbes mit 10 bzw. 20 und mehr Beschäftigten. Nur die Einheiten werden in die

Erhebung einbezogen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt im Verarbeitenden Gewerbe liegt. Investitionen von Betrieben außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes in Anlagen, die anderen Betrieben zur Produktion im Verarbeitenden Gewerbe vermietet oder verpachtet werden, sind nicht erfaßt. Die nachgewiesenen Daten beziehen sich nur auf die von Betrieben mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Verarbeitenden Gewerbe getätigten Investitionen, aber auch hier unabhängig vom späteren Einsatz dieser Anlagen. Über die erhobenen Positionsaufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen sind Informationen verfügbar, die den Rückschluß auf das Gewicht dieser Sachanlagen zuläßt. Wenn auch zur Zeit der Aussagewert der wie oben erhobenen Investitionsdaten noch nicht entscheidend gestört ist, so zeigt der Trend der letzten Jahre doch auf eine wachsende Bedeutung des zuvor beschriebenen Sachverhaltes hin.

Norbert Bettinger
Dipl. Volkswirt

Bruttoanlageinvestitionen in der Industrie, im Verarbeitenden Gewerbe 1964 — 1982

Tabelle 1

Betriebe (Betriebe von Unternehmen)

Industriehauptgruppe Industriegruppe	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	203 653	241 757	267 091	339 206	225 319	173 074	389 995	642 772	533 161	298 318
<i>darunter:</i>										
25 Industrie der Steine und Erden	9 767	10 594	6 895	7 120	6 159	9 554	10 758	16 161	9 437	19 074
27 Eisenschaffende Industrie	168 038	190 542	204 493	248 673	182 100	111 033	326 857	456 798	290 027	187 590
2910 Eisen-, Stahl- u. Tempergießerei	10 958	13 448	16 010	11 951	12 513	14 981	18 233	32 311	33 518	18 988
3010 Ziehereien und Kaltwalzwerke	4 105	10 069	4 247	3 889	5 319	9 225	8 495	23 751	40 481	13 819
40 Chemische Industrie	2 664	3 067	15 806	5 317	3 844	12 267	10 887	4 992	14 168	14 324
53 Sägewerke u. holzbearb. Industrie	5 272	10 483	12 608	2 333	2 909	3 925	4 351	4 406	25 018	12 096
59 Gummi- u. Asbest verarb. Industrie	1 692	2 443	6 449	11 941	3 234	1 801	3 498	97 350	117 648	30 906
Investitionsgüterindustrie	70 606	92 979	77 627	56 220	102 692	243 777	213 642	229 038	252 379	205 334
<i>darunter:</i>										
3020 Stahlverformung	11 792	15 575	15 403	8 391	5 071	15 131	34 947	36 605	16 532	20 945
31 Stahlbau	11 293	13 669	11 939	10 549	10 048	20 610	28 202	33 318	50 337	22 574
32 Maschinenbau	18 261	16 018	15 265	15 365	21 330	60 082	53 219	38 779	49 592	31 781
33 Fahrzeugbau	3 342	15 475	4 005	5 176	53 401	122 153	70 770	78 703	94 448	99 249
36 Elektrotechnische Industrie	20 241	25 908	18 843	10 178	6 607	14 961	17 480	30 095	30 336	21 385
38 Eisen, Blech, Metallwaren	5 541	6 265	12 049	6 223	6 235	10 840	8 988	11 440	11 134	9 400
Verbrauchsgüterindustrie	37 765	50 118	53 865	26 503	51 565	82 038	94 983	144 107	108 260	79 388
<i>darunter:</i>										
52 Glasindustrie	6 321	783	1 088	2 240	1 766	2 392	2 286	1 431	1 936	1 619
54 Holzverarbeitende Industrie	2 700	2 800	8 027	2 942	3 697	7 238	14 672	14 073	11 768	10 193
56 Papier- und Pappe verarb. Industrie	740	762	918	1 711	642	351	2 573	1 984	1 655	1 105
58 Kunststoffverarbeitende Industrie	548	551	862	855	1 598	1 443	7 490	83 588	47 941	13 226
62 Lederverarbeitende u. Schuhindustrie	340	430	575	219	524	1 615	2 472	527	807	725
63 Textilindustrie	2 491	1 477	611	1 212	12 550	14 139	9 624	2 916	3 137	563
64 Bekleidungsindustrie	4 012	3 960	7 535	2 800	5 866	5 676	7 377	9 708	7 368	5 378
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	31 337	30 150	36 722	34 500	44 923	47 958	46 833	58 892	60 294	46 929
Verarbeitende Industrie	343 361	415 004	435 305	456 429	424 499	545 847	745 453	1 074 809	954 094	629 969

1964 — 1975: Abgrenzung entsprechend der Systematik für den Industriebericht ohne Handwerksbetriebe, 1964 — 1976: Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, 1976 — 1982: mehr Beschäftigten.

**des Saarlandes nach Wirtschaftshauptgruppen und Wirtschaftszweigen
in 1 000 DM**

mit 20 und mehr Beschäftigten

1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	Industriehauptgruppe Industriegruppe
295 164	455 727	380 335	186 631	217 518	350 433	627 886	563 773	499 698	Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe
									<i>darunter:</i>
9 552	12 225	10 663	10 263	9 793	15 380	21 868	23 925	19 626	25 Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden
197 600	306 357	264 197	105 471	106 120	252 974	525 774	439 049	381 907	27 Eisenschaffende Industrie
24 337	47 683	36 381	26 753	29 670	17 255	24 400	22 018	37 252	29 Gießerei
21 344	15 316	11 536	6 162	18 512	12 054	8 986	11 172	8 495	3015 Drahtziehereien
10 292	13 777	10 156	16 044	5 765	9 058	11 391	10 870	10 614	40 Chemische Industrie
4 433	4 298	4 010	6 783	4 194	2 874	6 602	6 730	2 571	53 Holzbearbeitung
22 054	21 461	28 511	12 658	21 261	25 311	25 495	41 267	22 437	59 Gummiverarbeitung
172 601	211 549	255 578	228 060	217 686	401 469	440 115	260 522	360 509	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe
									<i>darunter:</i>
21 680	17 415	52 771	50 929	17 757	27 836	26 395	18 779	32 764	302 Stahlverform., Herst. v. Schmiedest.
21 323	16 777	23 159	23 786	24 257	38 062	37 446	26 436	39 259	31 Stahl- u. Leichtmetallbau
30 677	45 033	49 349	37 927	49 366	76 158	85 096	79 333	79 929	32 Maschinenbau
78 661	111 060	107 252	74 850	88 109	212 746	238 314	92 167	144 496	33 Straßenfahrzeugbau
15 768	15 647	15 501	26 900	26 913	27 347	38 012	32 742	43 284	36 Elektrotechnik
4 492	5 617	7 416	11 900	9 698	15 951	13 410	10 105	19 631	38 Herstellung von EBM-Waren
70 121	34 793	46 750	62 547	74 263	66 990	67 455	90 077	72 064	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe
									<i>darunter:</i>
1 184		1 223	3 681	2 889	1 109	3 185	2 327	7 356	52 Herstellung u. Verarbeitung von Glas
5 084	5 746	2 686	3 803	4 053	7 500	4 939	4 226	3 822	54 Holzverarbeitung
665	1 228	1 180	671	2 494	2 181	1 678	4 607	4 405	56 Papier- und Pappeverarbeitung
12 452	8 699	10 818	8 211	10 302	11 847	7 928	8 258	5 570	58 Herstellung von Kunststoffwaren
286	1 014	571	1 660	1 378	752	459	468	834	62 Lederverarbeitung
1 431	535	373	693	938					63 Textilgewerbe
4 883	3 167	8 007	5 368	8 994	3 158	3 184	2 145	1 411	64 Bekleidungsgewerbe
49 007	39 719	54 195	58 582	63 420	49 316	62 310	73 633	77 926	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe
586 893	741 788	736 858	535 820	572 887	868 208	1 197 766	988 005	1 010 197	Verarbeitendes Gewerbe

Abgrenzung entsprechend der Systematik für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) einschl. Handwerksbetriebe, 1977 — 1982: Betriebe von Unternehmen mit 20 und

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Die mit einem Stern(*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "ZAHLENSPIEGEL" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983				1984			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung u. Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	1 060,5	1 054,3	1 054,7	1 054,2	1 053,7	1 052,0	1 051,9
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	601	600	475	823	685	459	476	845	856
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,8	6,8	5,5	9,2	7,9	5,1	5,5	9,5	...
* Lebendgeborene	Anzahl	857	827	686	885	834	777	796	777	851
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,7	9,4	7,9	9,9	9,6	8,7	9,2	8,7	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 069	1 096	984	1 089	1 064	1 120	1 157	927	1 030
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,1	12,5	11,4	12,2	12,3	12,5	13,4	10,4	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	9	9	6	6	13	7	10	1	12
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	10,7	...	7,9	6,9	15,7	8,7	12,7
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (—)										
Gestorbenen (—)	Anzahl	— 212	— 269	— 298	— 204	— 230	— 343	— 361	— 150	— 179
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	— 2,4	— 3,1	— 3,4	— 2,3	— 2,7	— 3,8	— 4,2	— 1,7	...
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	1 587	1 541	1 499	1 085	1 382	1 366	1 434	1 186	...
Ausländer	Anzahl	493	394	326	280	268	343	348	353	...
Erwerbspersonen	Anzahl	766	674	720	483	654	575	574	449	...
* Fortgezogene	Anzahl	1 832	1 667	1 555	1 319	1 723	1 292	1 193	1 185	...
Ausländer	Anzahl	512	468	346	430	529	327	347	315	...
Erwerbspersonen	Anzahl	965	739	804	568	791	433	432	479	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	— 245	— 126	— 56	— 234	— 341	+ 74	+ 241	+ 1	...
Ausländer	Anzahl	— 20	— 74	— 20	— 150	— 261	+ 16	+ 1	+ 38	...
Erwerbspersonen	Anzahl	— 199	— 65	— 84	— 85	— 137	+ 142	+ 142	— 30	...
* innerhalb des Landes Umgezogene	Anzahl	2 626	2 820	2 815	2 668	2 357	2 603	2 661	2 513	...
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	38 093	47 673	47 363	46 215	45 693	51 542	50 876	49 168	49 070
* Männer	Anzahl	21 930	28 492	28 565	27 763	27 281	32 020	31 357	30 143	29 952
Arbeitslosenquote	%	9,7	11,8	12,1	11,8	11,7	12,7	12,6	12,2	12,1
Kurzarbeiter	Anzahl	17 469	29 618	28 029	27 285	21 030	17 602	10 599	8 186	20 719
Männer	Anzahl	15 916	28 007	26 680	25 963	20 306	16 633	9 849	7 651	20 098
Offene Stellen	Anzahl	1 077	943	998	1 053	916	1 238	1 208	1 164	1 037
Landwirtschaft										
Viehbestand ¹⁾										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	71,0	71,6	—	—	71,1	—	—	—	70,0
Milchkühe	1 000	26,2	25,4	—	—	26,0	—	—	—	25,6
Schweine	1 000	44,3	44,2	47,3	—	—	—	45,5	—	—
Schlachtungen										
* Rinder	Anzahl	2 514	2 364	2 225	2 164	2 094	2 633	2 073	2 381	1 966
* Kälber	Anzahl	47	58	41	43	52	38	83	40	54
* Schweine	Anzahl	7 900	7 803	7 202	8 800	7 560	6 822	7 762	7 220	7 058
Schlachtmengen										
	t	1 355	1 300	1 247	1 339	1 119	1 303	1 234	1 266	1 163
* Rinder	t	721	687	675	649	593	754	589	692	594
* Kälber	t	4	5	3	4	4	3	8	4	4
* Schweine	t	630	608	569	686	522	546	637	570	565
Milch										
* Milchherzeugung	1 000 t	9,7	9,9	10,7	11,6	10,9	9,7	9,9	10,6	10,1
* an Molkereien u. Händler geliefert	%	87,8	89,5	90,5	90,6	88,0	93,9	92,6	94,6	86,3
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,6	12,4	13,6	14,3	13,9	12,3	13,0	13,5	13,3

1) Ergebnis der Viehzählung im Dezember sowie der Viehzwischenzählungen im April und Juni.

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983				1984			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	595	587	587	587	587	577	575	577	577
* Beschäftigte	1 000	150	143	143	142	142	140	139	139	138
* Arbeiter ²⁾	1 000	117	112	111	111	111	109	109	109	108
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 745	14 797	14 967	14 914	14 847	15 421	14 230	15 613	13 946
Löhne und Gehälter	Mill. DM	459	443	416	440	470	417	416	462	439
* Löhne	Mill. DM	321	309	287	304	330	291	287	326	300
* Gehälter	Mill. DM	138	134	129	136	140	126	129	136	139
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	412	427	472	435	363	588	424	412	366
* Gasverbrauch ⁴⁾	Mill. cbm.	74	68	67	65	67	77	69	66	62
* Heizölverbrauch	1 000 t	17	16	16	15	14	20	17	17	13
* leichtes Heizöl	1 000 t	5	5
* schweres Heizöl	1 000 t	12	11
* Stromverbrauch	Mill. kWh	368	363	381	372	363	425	383	398	364
* Stromerzeugung	Mill. kWh	498	547	670	568	383	834	468	475	378
* Umsatz aus eigener Erzeugung	Mill. DM	1 780	1 790	1 707	1 758	1 810	2 130	1 800	2 019	1 717
* Auslandsumsatz	Mill. DM	605	622	552	644	629	775	633	730	645
Auftragseingang insgesamt ⁵⁾	1980 = 100	99,5	101,6	130,4	123,0	127,4	134,6	109,9	105,7	103,9
aus dem Ausland	1980 = 100	100,6	104,6	141,3	118,0	120,2	152,7	121,0	104,0	116,8
Index der Nettoproduktion ⁶⁾ im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe										
Bergbau	1980 = 100	107,5	97,9	100,4	97,0	95,7	107,5	96,7	105,3	84,2
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	89,0	87,8	81,2	88,7	86,2	106,4	97,3	112,2	101,2
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	126,1	94,3	92,8	99,1	110,7	78,8	83,2	105,3	96,9
Eisenschaffende Industrie	1980 = 100	81,2	83,9	73,1	83,5	78,0	112,4	103,0	119,2	111,8
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	103,5	100,0	93,8	98,0	104,9	118,1	97,8	106,9	86,3
Fahrzeugbau	1980 = 100	123,0	133,2	132,3	141,3	135,4	152,2	139,9	154,4	110,0
Maschinenbau	1980 = 100	89,7	82,8	70,8	70,8	88,4	116,7	65,6	78,0	77,1
Stahlbau	1980 = 100	75,7	72,8	65,0	62,1	90,6	77,1	67,0	63,5	59,6
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	93,6	93,0	92,8	94,4	99,9	100,7	90,0	101,6	87,8
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	102,7	103,4	97,8	107,6	110,2	103,6	100,7	110,0	103,9
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohleförderung	1 000 t	917,4	833,2	854,3	821,9	815,9	911,4	811,6	881,8	697,1
Roheisen	1 000 t	291,9	286,1	281,0	280,1	322,3	367,2	321,3	348,2	328,7
Rohstahl	1 000 t	327,9	315,2	314,5	310,0	362,5	411,2	359,4	392,4	371,3
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	226,7	223,8	209,2	239,2	216,8	275,5	268,6	289,0	273,7
Handwerk ⁷⁾										
		Vj. D	Vj. D	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.			2. Vj.
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	104,4	103,6	102,6	105,6	104,8	103,9	—	—	103,5
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD1976=100	136,5	137,4	145,1	131,8	153,8	122,0	—	—	136,1
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	778,4	896,0	854,3	821,9	815,9	1 630,1	948,0	838,0	627,2
* Stromverbrauch	Mill. kWh	660,5	675,7	665,7	655,7	597,2	817,8	690,8	687,2	616,3
* Gaserzeugung	Mill. cbm	67,5	59,9	59,4	61,9	60,5	63,1	61,3	60,1	56,9
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	19 692	18 995	18 797	18 921	19 175	18 255	18 268	18 352	18 376
dar.: Facharbeiter	Anzahl	10 216	9 945	9 733	9 953	10 202	9 546	9 528	9 637	9 639
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	2 207	2 082	2 088	2 087	2 421	1 841	1 937	2 210	2 089
* Wohnungsbau	1 000	764	734	768	749	898	643	698	816	775
* Gewerblicher u. industrieller Bau ⁸⁾	1 000	612	536	496	523	554	499	482	516	479
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	831	812	824	815	969	699	757	878	835
Hochbau	1 000	151	146	153	136	152	132	153	203	163
Tiefbau	1 000	680	666	671	679	817	567	604	675	672
Löhne und Gehälter	Mill. DM	52,7	53,1	50,9	52,9	58,7	45,5	50,0	55,3	54,3
* Löhne	Mill. DM	43,3	43,2	41,6	43,5	48,4	36,4	41,0	46,2	44,4
* Gehälter	Mill. DM	9,4	9,9	9,3	9,4	10,3	9,1	9,0	9,1	9,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	167,8	159,0	131,6	144,3	213,1	113,7	119,0	144,6	147,3
Auftragseingang ¹⁾	Mill. DM	119,5	102,0	91,0	87,5	116,4	94,9	107,5	129,6	109,9
Wohnungsbau	Mill. DM	32,5	29,1	32,5	30,0	38,2	33,3	27,5	39,9	32,7
Gewerblicher u. industrieller Bau ⁸⁾	Mill. DM	30,5	30,6	25,7	22,5	33,6	26,5	21,4	20,1	30,2
Öffentlicher u. Verkehrsbau	Mill. DM	56,5	42,3	32,8	35,0	44,6	35,1	58,6	69,6	47,0

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. 3) Eine Tonne Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder — briketts = 1,3 t Steinkohlenscheitels = 1,46 t Braunkohlenscheitels = 3,85 t Rohbraunkohle. 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/Nm³. 5) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. 6) Kalendermonatlich. 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. 8) Einschl. landwirtschaftlicher Bau. 9) Vorläufige Ergebnisse.

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983				1984			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	172	204	276	253	257	215	182	192	177
* mit 1 Wohnung	Anzahl	105	126	188	143	183	131	123	114	120
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	50	60	74	83	58	63	43	60	51
* mit 3 und mehr Wohnungen1)	Anzahl	17	19	14	27	16	21	16	18	6
* Umbauter Raum	1 000 cbm	225	264	347	306	291	252	225	259	189
* Wohnfläche	1 000 qm	34,3	40,2	49,9	46,3	42,1	38,2	34,4	41,1	29,2
* Wohnräume	Anzahl	1 628	1 896	2 287	2 192	1 978	1 862	1 717	1 904	1 384
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	65,9	82,3	105,1	91,5	85,7	76,4	67,0	80,1	58,6
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	30	34	37	43	36	28	22	22	26
* Umbauter Raum	1 000 cbm	177	190	255	234	126	205	61	102	78
* Nutzfläche	1 000 qm	27,5	30,7	36,5	34,5	21,7	34,4	13,2	13,9	13,2
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	30,9	39,5	36,5	42,4	23,2	35,6	12,6	14,4	15,1
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	453	513	552	581	473	451	455	498	342
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	697,1	668,8	639,7	682,7	657,6	774,8	753,4	716,4	711,8
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	13,1	13,0	10,7	11,5	12,7	19,5	15,0	13,9	13,0
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	684,0	655,8	629,0	671,2	644,8	755,2	738,4	702,5	698,8
* Rohstoffe	Mill. DM	26,7	22,5	25,8	11,4	26,3	31,8	6,7	7,2	7,5
* Halbwaren	Mill. DM	76,2	69,0	61,1	65,2	72,2	74,2	71,6	68,2	74,3
* Fertigwaren	Mill. DM	581,1	564,2	542,2	594,6	546,3	649,2	660,2	627,1	617,1
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG - Länder	Mill. DM	501,6	488,1	489,1	515,6	476,1	544,4	517,0	488,6	517,3
darunter:										
Frankreich	Mill. DM	285,9	244,4	242,8	211,3	231,2	259,6	238,5	223,4	217,0
EFTA - Länder	Mill. DM	80,2	78,3	74,8	77,4	86,0	84,5	88,9	90,3	69,7
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	24,6	16,5	13,5	17,9	16,9	31,8	27,3	31,4	26,5
Staatshandelsländer	Mill. DM	52,2	45,5	41,6	41,7	50,4	48,0	57,0	45,1	39,5
Staatshandelsländer	Mill. DM	15,5	18,4	15,4	8,2	6,7	39,8	37,7	35,5	38,5
Einfuhr (Spezialhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	405,7	428,5	412,9	465,4	372,6	496,7	499,3	524,9	426,3
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	77,6	74,2	66,5	78,0	73,8	79,5	83,2	81,8	85,2
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	328,1	354,3	346,3	387,5	298,8	417,2	416,2	443,1	341,1
Aus ausgewählten Ländern										
EG - Länder	Mill. DM	260,4	278,7	303,5	293,4	285,6	334,6	339,3	333,3	306,0
darunter:										
Frankreich	Mill. DM	195,3	208,1	212,8	223,1	215,4	256,5	268,4	253,7	235,1
EFTA - Länder	Mill. DM	11,9	12,2	13,3	9,9	12,4	12,3	9,6	12,2	10,2
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	12,9	9,6	7,1	8,1	19,0	16,3	11,9	16,4	13,5
Staatshandelsländer	Mill. DM	101,0	98,6	63,0	133,9	42,0	85,4	100,9	117,3	73,0
Staatshandelsländer	Mill. DM	4,3	14,8	3,1	5,3	0,9	30,3	19,1	31,1	9,9
Einzelhandel										
Nominale Umsatzentwicklung insgesamt	1980 = 100	106,8	109,8	106,5	106,0	108,5	115,5	112,5	111,4	105,5
Nahrungsm.Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	110,2	109,8	102,8	108,1	109,4	114,4	112,8	112,9	116,5
Textilien,Bekleidung,Schuhen, Lederwaren	1980 = 100	101,0	100,8	93,8	89,7	90,3	85,9	107,8	89,8	90,1
Einrichtungsgegenstände (oh. Elektrotechn. usw.)	1980 = 100	95,9	98,0	94,2	96,7	99,9	98,0	101,9	99,6	87,1
Elektrotechn. Erzeugn.,Musikinstrumente usw.	1980 = 100	108,4	116,6	93,0	94,1	95,3	102,5	93,3	104,6	97,9
Papierwaren, Druckerzeugn., Büromaschinen	1980 = 100	104,3	102,0	85,7	82,1	80,1	95,7	90,9	87,1	81,8
Pharmazeut., kosmet. und medizin. Erzeugnisse usw.	1980 = 100	108,1	112,2	106,3	107,5	113,5	122,2	116,2	113,2	118,7
Kraft- u. Schmierstoffe (Tankst.)	1980 = 100	121,1	124,1	112,8	130,8	119,7	150,2	125,6	141,7	111,9
Fahrzeuge, Fahrzeugteile u. -reifen	1980 = 100	96,7	107,6	125,0	126,5	141,0	158,5	131,5	134,9	98,2
Sonstige Waren	1980 = 100	110,4	114,4	112,5	107,3	107,9	115,2	112,4	113,7	107,1
Reale Umsatzentwicklung insgesamt	1980 = 100	96,4	97,0	94,7	93,8	95,7	99,8	97,0	95,9	90,6
Entwicklung der Beschäftigtenzahl	1980 = 100	96,9	95,0	94,7	94,2	94,4	94,5	94,3	93,6	93,8

1) Einschließlich Wohnheime 2) Einschließlich Mehrwertsteuer

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983				1984			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Gastgewerbe										
* Umsatz	1980= 100	108,9	107,3	102,0	108,3	104,2	105,7	107,0	105,5	104,0
Beherbergungsgewerbe	1980= 100	101,6	100,2	102,5	112,2	104,1	100,1	97,4	111,8	100,4
Gaststättengewerbe	1980= 100	110,6	108,8	101,4	107,4	103,8	106,9	109,6	104,6	105,4
Beschäftigte	1980= 100	100,9	99,0	97,6	101,5	99,6	96,2	97,1	96,3	97,1
Fremdenverkehr ¹⁾										
* Fremdenmeldungen	Anzahl	30 502	29 180	30 973	33 855	34 122
* Ausländer	Anzahl	4 773	4 128	4 049	5 927	4 918
* Fremdenübernachtungen	Anzahl	93 341	83 256	78 888	89 599	92 035
* Ausländer	Anzahl	8 748	7 696	6 652	10 092	9 582
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Bergverkehr Mosel*)	1 000 t	332	289	193	225	413	280	379	370	338
* Talverkehr Mosel*)	1 000 t	260	248	208	222	396	300	296	299	258
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrz.	Anzahl	3 787	4 233	5 373	5 290	5 447	5 887	4 962	5.285	3 859
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	3 280	3 702	4 578	4 571	4 740	5 150	4 300	4 655	3 337
Bestand an Kraftfahrzeugen ²⁾	Anzahl	482 788	496 831	—	—	—	—	—	—	509 912
Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	426 371	437 285	—	—	—	—	—	—	448 094
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	2 703	2 633	2 689	2 871	2 644	2 581	2 468	2 791	2 587
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	529	548	579	629	622	418	524	555	605
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	2 174	2 085	2 110	2 242	2 022	2 163	1 944	2 236	1 982
Verunglückte Personen	Anzahl	709	745	802	880	824	521	711	727	819
darunter:										
* Getötete	Anzahl	16	16	20	20	9	9	15	11	22
Straßenverkehrsunternehmen ³⁾										
Wagenkilometer insgesamt	1 000	3 021	2 901	2 817	3 028	3 021	2 922	2 385	2 934	2 788
Beförderte Personen insgesamt	1 000	7 055	6 572	6 707	6 818	6 479	6 309	4 827	5 804	5 771
Erlöse aus Beförderungen insgesamt	1 000 DM	7 631	7 436	7 388	7 536	7 592	7 513	6 324	7 086	7 342
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ⁴⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mill. DM	19 690,0	20 577,5	20 218,4	20 441,3	20 609,0	21 267,5	21 270,4	21 287,5	21 697,2
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	19 316,1	20 151,8	19 800,2	20 033,1	20 188,7	20 848,3	20 877,1	20 889,5	21 296,5
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	15 689,1	16 372,3	16 056,9	16 238,8	16 386,8	16 916,5	16 968,6	17 032,3	17 277,2
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 627,0	3 779,6	3 743,3	3 794,3	3 801,9	3 931,8	3 908,5	3 857,2	4 019,3
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 559,1	4 458,1	4 438,9	4 523,1	4 590,3	4 553,0	4 509,9	4 455,6	4 878,9
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 319,3	4 230,9	4 182,7	4 251,1	4 320,1	4 346,2	4 326,5	4 321,4	4 553,8
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	239,9	227,2	256,2	272,0	270,2	206,8	183,4	134,2	325,1
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 197,6	2 218,3	2 187,1	2 221,4	2 201,6	2 093,4	2 090,8	2 098,4	2 103,3
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	1 924,5	1 945,7	1 924,5	1 940,1	1 924,0	1 837,1	1 835,2	1 843,2	1 843,4
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	273,2	272,6	262,6	281,3	277,6	256,3	255,6	255,2	259,9
* Langfristige Kredite (mehr als 4 J.) ⁶⁾	Mill. DM	12 559,4	13 475,4	13 174,2	13 288,6	13 396,8	14 201,9	14 276,4	14 335,5	14 314,3
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	9 445,4	10 195,7	9 949,7	10 047,6	10 142,7	10 733,2	10 806,9	10 867,7	10 880,0
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 114,0	3 279,7	3 224,5	3 241,0	3 254,1	3 468,7	3 469,5	3 467,8	3 434,3

1) Ab Januar 1981 neuer Berichtskreis. — 2) Jahresende bzw. 30. Juni. — 3) Ab Juli 1980 nur noch monatliche Erfassung der Unternehmen mit 3 und mehr Mill. DM Umsatz: Unter 3 Mill. DM Umsatz vierteljährliche bzw. jährliche Erfassung. — 4) Ohne Kredite von —/ und Einlagen bei der Landeszentralbank im Saarland. — 5) Ohne Schatzwechsel, Unverzinsliche Schatzanweisungen und Bestände an Wertpapieren. — 6) Durchlaufende Kredite ab Dezember 1980 nur noch in langfristigen Krediten enthalten.

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983				1984			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	15 655,7	16 520,4	16 521,6	16 379,3	16 427,4	16 959,9	17 138,7	17 234,5	17 198,4
* Sichteinlagen ¹⁾	Mill. DM	2 523,9	2 716,2	2 733,8	2 618,6	2 720,1	2 510,5	2 672,1	2 726,6	2 686,3
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	2 302,6	2 499,0	2 538,6	2 388,4	2 497,4	2 328,1	2 454,7	2 534,6	2 472,6
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	179,7	176,4	160,3	188,0	177,7	141,6	175,3	154,4	177,6
Termingelder ¹⁾	Mill. DM	5 603,9	5 654,8	5 626,9	5 587,7	5 537,8	6 063,9	6 107,1	6 165,3	6 167,7
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 509,2	4 622,2	4 556,9	4 570,6	4 530,5	5 031,4	5 076,7	5 107,8	5 136,3
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	993,6	913,6	957,8	910,6	900,1	901,2	892,5	884,7	866,3
* Spareinlagen	Mill. DM	7 527,9	8 149,4	8 160,9	8 173,0	8 169,5	8 385,5	8 359,5	8 342,6	8 344,4
* bei Sparkassen	Mill. DM	4 663,2	5 065,6	5 075,4	5 077,8	5 070,5	5 241,3	5 228,1	5 219,6	5 215,3
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	412,8	422,4	406,9	335,4	341,3	347,9	379,7	312,9	286,0
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	392,7	416,6	397,5	323,9	347,4	370,4	406,6	330,6	286,5
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse insgesamt ^{2) 3)}	Anzahl	281	285	25	19	30	22	23	12	35
eröffnete Konkurse	Anzahl	63	50	3	2	3	1	2	—	5
Angemeldete Forderungen insgesamt ²⁾	1 000 DM	142 354	104 362	8 011	1 386	8 066	4 895	15 367	2 884	15 736
bei eröffneten Konkursen	1 000 DM	88 546	56 151	2 037	100	330	240	168	—	3 660
Vergleichsverfahren ²⁾	Anzahl	2	1	—	—	—	—	—	—	—
Wechselproteste ⁴⁾	Anzahl	582	487	472	495	621	440	460	474	503
Wechselsumme	1 000 DM	3 560	2 999	3 155	2 742	3 003	2 747	2 323	2 456	3 217
Unbezahlt gebliebene Schecks	Anzahl	1 774	1 831	2 425	1 841	1 813	1 670	1 132	1 468	1 079
Schecksumme	1 000 DM	3 423	3 298	3 680	2 777	3 303	2 802	2 450	3 398	2 281
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten im Saarland										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	314 432	319 048	237 476	250 411	354 137	410 295	271 988	300 430	395 875
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	184 290	194 672	121 441	121 093	245 408	264 465	91 887	139 114	242 775
* Lohnsteuer	1 000 DM	154 691	159 043	130 296	139 230	135 230	155 094	133 547	155 354	142 819
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	12 709	11 356	— 23 549	— 26 003	48 483	64 843	— 26 207	— 46 228	48 015
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	13 943	20 948	5 667	6 495	60 496	44 690	— 23 486	28 827	51 135
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	130 143	124 381	116 034	129 417	108 730	145 830	180 101	161 316	153 080
* Umsatzsteuer	1 000 DM	64 393	57 692	45 491	61 316	42 323	70 160	84 085	69 293	56 863
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	65 750	66 690	70 543	68 101	66 407	75 670	96 016	92 023	96 217
* Bundessteuern	1 000 DM	12 238	13 666	19 517	12 274	11 011	13 708	10 259	11 958	13 167
* Landessteuern ⁵⁾	1 000 DM	23 138	23 625	16 103	27 577	25 234	19 795	17 255	31 914	17 935
* Gemeindesteuern	1 000 DM	36 668	37 382	112 145				117 054		
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	168 752	165 653	141 132	139 728	214 318	151 691	147 432	166 900	254 849
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	79 590	84 556	52 713	52 054	108 925	115 737	37 893	61 372	107 085
* Anteil an den Steuern v. Umsatz	1 000 DM	74 183	65 753	69 176	69 434	94 018	22 851	99 640	88 587	134 535
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	2 741	2 031	— 274	5 966	364	— 605	— 360	4 983	62
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	161 428	169 471	115 948	145 579	149 237	257 906	135 249	170 998	143 627
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	79 590	84 556	52 713	52 054	108 925	115 737	37 893	61 372	107 085
* Anteil an den Steuern v. Umsatz	1 000 DM	55 959	58 562	46 858	59 983	14 713	122 979	80 461	72 729	18 545
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	2 741	2 031	— 274	5 966	364	— 605	— 360	4 983	62
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	55 902	59 326	180 236				192 657		
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto)	1 000 DM	20 216	22 024	63 008				68 626		
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	24 833	25 950	80 766				85 893		
Preise										
Preisindex für ausgewählte Warengruppen										
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	124,1	126,7	126,7	126,8	127,3	129,4	129,5	129,7	129,5
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	140,6	146,3	145,4	145,6	145,7	151,0	151,2	151,5	151,6
Wohnungsmieten	1976 = 100	124,2	131,2	129,6	130,5	130,6	136,5	137,1	137,3	137,3
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976 = 100	164,4	162,8	158,6	157,6	159,6	167,0	167,1	166,7	166,6
Waren u. Dienstl. für die Haushaltsf.	1976 = 100	122,9	125,8	125,9	125,8	126,2	128,9	128,5	128,3	128,7
Waren u. Dienstl. f. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	132,3	135,7	131,3	134,5	135,4	138,2	137,8	137,6	138,6
Waren u. Dienstl. f. Gesundheits- und Körperpflege	1976 = 100	121,9	125,9	125,0	125,3	125,7	129,6	129,7	129,8	129,9
Waren u. Dienstl. f. Bildungs- u. Unterhaltungszwecke	1976 = 100	120,6	124,8	123,8	123,8	124,1	127,0	127,8	126,4	126,5
Persönliche Ausstattung sonstige Waren u. Dienstleistungen	1976 = 100	130,7	134,7	133,1	133,1	135,6	136,5	136,5	136,5	138,1

1) Einschließlich Sparbriefe, Namens-Sparschuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen. 2) Jahresergebnis statt MD. 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkursverfahren. 4) Ohne Proteste von Privaten durch Gerichtsvollzieher, Notare und Postanstalten. 5) Einschließlich der steuerähnlichen Abgaben.

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983 ¹⁾				1984 ¹⁾	
		Monatsdurchschnitt		April	Juli	Oktober	Januar	April
Löhne und Gehälter								
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau								
Bruttowochenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	640	654	642	677	656	654	679
* darunter Facharbeiter	DM	678	689	678	713	690	690	713
* weibliche Arbeiter	DM	432	444	444	452	446	446	460
* darunter Hilfsarbeiter	DM	426	432	436	440	432	428	450
Bruttostundenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	15,72	16,30	16,16	16,42	16,43	16,33	16,74
* darunter Facharbeiter	DM	16,48	17,10	16,92	17,24	17,24	17,11	17,56
* weibliche Arbeiter	DM	11,07	11,40	11,36	11,48	11,46	11,44	11,67
* darunter Hilfsarbeiter	DM	10,89	11,13	11,13	11,23	11,15	11,11	11,41
Angestellte, Bruttomonatsverdienst in Industrie u. Hoch- u. Tiefbau								
* kaufmännische Angestellte,								
* männlich	DM	3 703	3 758	3 716r	3 791	3 767	3 868	3 899
* weiblich	DM	2 489	2 536	2 515	2 566	2 557	2 570	2 620
technische Angestellte,								
männlich	DM	4 177	4 201	4 177	4 287	4 169	4 290	4 329
weiblich	DM	2 568	2 664	2 632	2 696	2 685	2 693	2 691
* in Handel, Kredit u. Versicherungen								
* kaufmännische Angestellte								
* männlich	DM	3 156	3 181	3 149	3 212	3 215	3 228	3 256
* weiblich	DM	2 084	2 105	2 072	2 127	2 132	2 153	2 166

1) Neuer Berichtskreis

BUNDESZAHLEN

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983				1984			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung	1 000	61 638	61 420	61 250
Arbeitslose	1 000	1 833	2 258	2 254	2 149	2 127	2 393	2 253	2 133	2 113
Männer	1 000	1 021	1 273	1 279	1 200	1 173	1 407	1 284	1 190	1 171
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1 000	7 226	6 927	6 918	6 905	6 900	6 826	6 814	6 814	6 807
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	689	660	662	660	659	693	636	674	578
Gesamtumsatz	Mill. DM	107 031	109 389	104 187	106 962	114 620	120 582	112 411	117 700	102 700
Index der Nettoproduktion ¹⁰⁾										
im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe	1980 = 100	95,4	96,1	96,8	95,2	101,6	101,3	99,0	99,9	90,2
Bergbau	1980 = 100	95,2	90,6	89,2	86,8	82,4	90,9	86,6	87,4	78,4
Grundstoffe u. Produktionsgüter	1980 = 100	91,1	94,0	96,0	94,5	99,4	99,9	100,1	99,9	97,9
Investitionsgüter	1980 = 100	99,1	98,7	100,0	98,9	106,0	104,9	101,9	102,2	84,2
Verbrauchsgüter	1980 = 100	90,3	91,5	92,7	89,0	95,2	98,9	93,5	96,0	90,6
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	98,7	99,3	94,1	93,1	105,6	97,1	96,8	100,5	99,6
Steinkohlenförderung	1 000 t	7 418	6 850	6 848	6 775	6 608	6 923	5 913	6 625	6 210
Rohbraunkohlenförderung	1 000 t	10 609	10 357	10 138	10 919	9 785	10 767	9 633	10 146	9 252
Produktion von Rohstahl	1 000 t	2 990	2 977	3 018	3 100	3 117	3 527	3 196	3 468	3 221
Roheisen	1 000 t	2 302	2 217	2 262	2 331	2 268	2 649	2 436	2 646	2 506
Walzstahl	1 000 t	2 149	2 172	2 124	2 236	2 190	2 472	2 275	2 444	2 276
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 152	1 122	1 097	1 115,1	1 130,2	1 063	1 091	1 103	1 109
Löhne und Gehälter	Mill. DM	3 116,6	3 130,4	3 000,3	3 251,8	3 452,8	2 754	3 031	3 453	3 276
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000 Std.	126 889	123 358	126 388	135 795	144 051	114 300	119 800	140 200	127 700
für Wohnungsbau	1 000 Std.	51 687	52 641	55 241	59 146	62 473	50 661	53 460	62 135	55 365
gewerblichen u. industriellen Bau	1 000 Std.	30 944	30 296	29 508	31 650	33 370	29 048	28 198	32 327	29 697
Produktionsindex Baugewerbe ²⁾¹⁰⁾	1980 = 100	88,2	86,6	106,8	102,1	108,4	76,4	90,5	99,8	98,0
Handel										
Einfuhr	Mill. DM	31 372	32 530	31 132	31 869	32 923	37 816	35 656	36 666	34 141
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	4 138	4 209	4 256	4 153	4 101	4 606	4 571	4 909	4 593
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	26 796	27 826	26 425	27 261	28 126	32 678	30 554	31 187	28 971
Ausfuhr	Mill. DM	35 645	36 028	33 807	35 497	36 840	42 351	38 211	41 493	35 413
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	33 416	33 816	31 692	33 311	34 736	39 801	36 011	38 923	33 085
Fertigwaren	Mill. DM	29 961	30 355	28 600	30 098	31 386	35 548	32 318	34 694	29 027
Einzelhandelsumsätze in jeweiligen Preisen	1980 = 100	105,0	108,3	104,0	106,1	110,1	114,1	110,7	110,3 ^{p)}	106,6 ^{p)}
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftl. Produkte ³⁾	1976 = 100	107,3	105,8	104,9	104,3	105,2	110,0	108,0	105,3 ^{p)}	106,7 ^{p)}
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1980 = 100	114,1	115,8	115,1	115,2	115,5	118,2	118,7	118,9	119,0
Preisindex für Wohngebäude ⁵⁾	1980 = 100	108,9	111,2	—	110,7	—	—	—	114,2	—
Preisindex für die Lebenshaltung ⁶⁾										
Lebenshaltung insgesamt	1980 = 100	111,9	115,6	114,7	115,0	115,4	117,9	118,1	118,2	118,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	111,3	114,3	114,7	114,8	114,9	116,5	116,7	116,8	117,1
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	109,8	113,0	112,4	112,8	112,8	114,9	115,1	115,5	115,5
Wohnungsmieten	1980 = 100	109,7	115,6	114,9	115,3	115,5	118,7	119,1	119,4	119,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	125,6	124,5	121,6	121,7	122,7	127,2	127,7	127,3	127,9
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1980 = 100	110,6	113,7	113,0	113,4	113,5	115,5	115,7	115,8	115,9
Geld und Kredit ⁷⁾										
Bargeldumlauf	Mill. DM	96 695	104 692	98 251	98 753	100 063	102 705	103 727	103 960	105 799
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Kreditinstituten	Mill. DM	1 292 132	1 368 074	1 286 563	1 296 985	1 297 091	1 349 957	1 361 128	1 368 517	1 368 358 ^{p)}
Spareinlagen	Mill. DM	518 185	548 430	525 505	526 195	525 535	543 982	543 503	542 578	542 007 ^{p)}
Kredite an ⁸⁾										
Unternehmen und Privatpersonen ⁹⁾	Mill. DM	1 289 346	1 380 531	1 288 864	1 295 849	1 314 484	1 384 464	1 387 627	1 396 234	1 410 425 ^{p)}
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	408 704	427 941	414 612	414 447	416 333	421 574	424 572	423 914	424 448 ^{p)}
Steuern (ab 1970 ohne durchlfd. Posten)										
Kassenmäßige Einnahmen aus Bundes- u. Landessteuern	Mill. DM	29 220	30 524	23 635	24 046	36 284	37 203	23 648	26 871	38 542
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 550	2 356	— 555	— 739	7 007	7 059	— 867	— 747	6 951
Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer	Mill. DM	8 143	8 822	8 342	8 408	7 943	8 166	8 772	9 317	8 788
Zölle	Mill. DM	393	396	413	370	379	459	435	426	424
Tabaksteuer	Mill. DM	1 017	1 157	1 172	1 136	1 034	1 227	1 104	1 211	1 108
Branntweinmonopol	Mill. DM	357	357	312	311	377	481	287	342	312

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Ohne Ausbaugewerbe. 3) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer und ohne Auswertungsausgleich. 4) Die Durchschnitte wurden berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittsmeßzahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1976. 5) Einschließlich Umsatz- (Mehrwert-) steuer. 6) Aller privaten Haushalte. 7) Stand am Monatsende; statt MD Bestand am Jahresende. 8) Kredite aller Kreditinstitute an Nichtbanken. 9) Einschließlich Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost. 10) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt; für fachliche Unternehmensteile. p) Vorläufige Zahl

Mitteilung des Amtes

Erhebung über Arbeitskosten 1984 im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich

Im Jahre 1985 wird auf der Grundlage der Buchhaltungsangaben in Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, des Groß- und des Einzelhandels sowie des Bank- und Versicherungsgebietes mit 10 und mehr Beschäftigten für 1984 eine Arbeitskostenerhebung für Arbeiter und Angestellte durchgeführt. Rechtsgrundlage für die neue Erhebung bildet die EG-Verordnung Nr. 3149/83 des Ministerrates vom 4. November 1983, verkündet im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 309/2.

Die letzte Erhebung dieser Art bezog sich auf das Jahr 1981. Die Arbeitskostenerhebung 1984 wird vom Erhebungsbereich und den Erhebungsmerkmalen her der Zählung für 1981 entsprechen. Hauptgegenstand der Befragung werden also wieder Art und Umfang der Personalkosten in der Gliederung nach Arbeitern und Angestellten sowie die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer und geleisteten Arbeitsstunden sein. Die Personalkosten schließen dabei außer den Löhnen und Gehältern auch alle sonstigen nicht in der Lohn- und Gehaltssumme enthaltenen Personalkosten ein. Dazu gehören alle nicht als Entgelt für geleistete Arbeit erfolgten Zahlungen, vor allem die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, die Vergütungen arbeitsfreier Tage, die Verdienstfortzahlungen im Krankheitsfall, Weihnachtsgratifikationen sowie Sachaufwendungen für Belegschaftseinrichtungen.

Die Erhebungsbogen zu dieser statistischen Befragung werden Anfang 1985 an die mit Hilfe einer Zufallsstichprobe ausgewählten Unternehmen verschickt, die dann im 1. Halbjahr 1985 ausgefüllt an das zuständige Landesamt zurückgesandt werden müssen.

Für weitere Auskünfte steht das Statistische Amt gerne zur Verfügung (Tel. 0681 / 505 979).

Neuerscheinung:

In Kürze erscheint der neue Band der Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Landesämter

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN DER LÄNDER

Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

Revidierte Ergebnisse 1970 bis 1982

(Heft 13 / 348 Seiten, kart., Art. Nr. 851382001)

Das Sammelwerk bringt Textbeiträge zum Stand und zur Entwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, zu den Berechnungsmethoden und Begriffserläuterungen. Der Tabellenteil enthält Länder- und Bundesergebnisse in vergleichbarer Form nach neuem Berechnungsstand. Die revidierte Fassung berücksichtigt vor allem die Umstellung der Gesamtrechnungen auf das Nettosystem der Umsatzsteuerverbuchung und die Einführung der Preisbasis 1976 zur Bewertung in konstanten Preisen. Auch wichtige Bezugswerte über Erwerbstätige bzw. Arbeitnehmer werden nachgewiesen.

Preis: 18,- DM

Neuerscheinung:**AKTUELLE KONJUNKTURDATEN des Grenzraumes Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz**

Die Statistischen Ämter der vier Grenzregionen des Raumes Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz haben eine neue Veröffentlichungsreihe begonnen, die eine Sammlung von Konjunkturdaten umfaßt und in vierteljährlicher Folge einen Überblick über die Konjunkturentwicklung in den benachbarten Regionen vermitteln soll. Der Bericht wird im Auftrag der Regionalkommission, Arbeitsgruppe „Wirtschaftliche Fragen“ erstellt und in deutscher und französischer Fassung herausgegeben. Die Schrift enthält ausgewählte Grafiken und Eckzahlen in einheitlich gefaßten Tabellen sowie Kurztexte und Erläuterungen. Für den Vertrieb zuständig sind die betr. Statistischen Ämter, und zwar neben dem Statistischen Amt des Saarlandes das Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques (INSEE), Direction Regional, in Nancy, der Service Central de la Statistique et des Etudes Economiques (STATEC) in Luxemburg sowie das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz in Bad Ems. Die Erstausgabe des Konjunkturberichts umfaßt Daten des 4. Quartals und Jahres 1983; die Vierteljahreshefte I/84 und II/84 sind z.Zt. in Vorbereitung.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN AMTES DES SAARLANDES

I. Zusammenfassende Schriften

Statistisches Handbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Taschenbuch für das Saarland".

Das Statistische Handbuch vermittelt aus dem Bereich der amtlichen Statistik die jeweils aktuellen Ergebnisse. Dem Benutzer steht reiches Zahlenmaterial aus sämtlichen Bereichen des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens zur Verfügung. Durch Zeit- und regionale Vergleiche lassen sich Entwicklungen in der Bevölkerungs-, der Wirtschafts- und Sozialstruktur erkennen.

Statistisches Taschenbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Handbuch für das Saarland".

Das Statistische Taschenbuch will die jährliche Erscheinungspause des "Handbuchs" durch Publizierung der jeweils neuesten, wichtigsten Daten der amtlichen Statistik ausfüllen. In seiner Gliederung ist es nicht so differenziert angelegt wie das bedeutend umfangreichere "Handbuch". In einem Anhang werden zusätzlich die wichtigsten Daten der amtlichen Statistik für das Bundesgebiet aufgeführt.

SAARLAND HEUTE – Statistische Kurzinformationen

II. Fachstatistische Schriften

Handbuch Steuern und Finanzen

Erscheinungsweise jährlich.

Das Handbuch stellt Grunddaten über die aktuelle Finanzsituation im öffentlichen Bereich zur Verfügung. Angegeben sind sowohl einfache Bestandszahlen als auch funktional gegliederte Ergebnisse für Gemeinden und Land.

Statistische Berichte

Zur schnellen Unterrichtung von Verwaltung und anderen Interessenten werden hier die neuesten Ergebnisse der laufenden Statistiken wie auch die ersten Resultate von Sondererhebungen veröffentlicht. Ihre sachliche Gliederung ist sehr differenziert und bundeseinheitlich festgelegt.

BILDUNG 81 – Kurzinformationen

III. Reihen

Einzelschriften zur Statistik des Saarlandes

In dieser Reihe, die bis heute etwa 55 Einzelschriften umfaßt, werden aus dem gesamten Spektrum der amtlichen Statistik schwerpunktmäßig Einzelthemen behandelt.

Saarland in Zahlen (Sonderheft)

In dieser Serie werden die Ergebnisse von periodisch wiederkehrenden Zählungen veröffentlicht.

Gemeinde- und Kreisstatistiken

IV. Verzeichnisse

wie Gemeindeverzeichnis, Schulverzeichnis, Krankenhausverzeichnis, Märkte im Saarland usw. werden jährlich aktualisiert herausgegeben.

Amtliches Behördenverzeichnis

Veröffentlichungen der amtlichen Statistik des Saarlandes im 3. Quartal 1984

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes in den Monaten Juni/Juli 1984

Bevölkerungsentwicklung im 4. Vierteljahr 1983 und im Jahr 1983	$\frac{A I 1}{A I 2}$ — vj. 4/83
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im 4. Vierteljahr 1983	A II 1 — vj. 4/83
Gerichtliche Ehelösungen 1983	A II 2 — j. 1983
Sterbefälle nach Todesursachen im 1. Vierteljahr 1984	A IV 3 — vj. 1/84
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30. Juni 1983	A VI 5 — vj. 2/83
Schweinebestand am 3. April 1984	C III 1 — vj. 1/84
Schlachtungen und Fleischanfall im 1. Vierteljahr 1984	C III 2 — vj. 1/84
Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben 1983	C IV I — j. 1983
Gewerbean- und -abmeldungen im Saarland 1983	D I 2 — j./83
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im März 1984	E I 1 — m 3/84
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im April 1984	E I 1 — m 4/84
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im März 1984	$\frac{E II 1}{E III 1}$ — m 3/84
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im April 1984	$\frac{E II 1}{E III 1}$ — m 4/84
Das Handwerk im 1. Vierteljahr 1984	E V 1 — vj. 1/84
Einzelhandel im März 1984	G I 1 — m 3/84
Einzelhandel im April 1984	G I 1 — m 4/84
Außenhandel im Februar 1984	G III 1,3 — m 2/84
Außenhandel im März 1984	G III 1,3 — m 3/84
Gastgewerbe im März 1984	G IV 3 — m 3/84
Straßenverkehrsunfälle im Januar 1984	H I 1 — m 1/84
Binnenschifffahrt Januar bis März 1984	H II 1 — vj. 1/84
Kriegsopferfürsorge 1983	K III 3 — j. 1983
Preisindex für die Lebenshaltung April 1984	M I 2 — m 4/84
Preisindex für die Lebenshaltung Mai/Juni 1984	M I 2 — m 5 u. 6/84
Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel im Januar 1984	N I 1 — vj. 1/84

Umweltschutzzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe 1982	Q III 1 — j./82
Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis März 1984	Z 1 — m 3/84 (früher P I I)

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes in den Monaten Juli/August 1984

Wanderungen im 4. Vierteljahr 1983	A III 1 — vj. 4/83
Schlachtungen und Fleischanfall im 2. Vierteljahr 1984	C III 2 — vj. 2/84
Milcherzeugung und -verwendung im 1. Halbjahr 1984	C III 3 — hj. 1/84
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Mai 1984	E I 1 — m 5/84
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes März 1984	$\frac{E I 2}{E I 5}$ — m 3/84
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes April 1984	$\frac{E I 2}{E I 5}$ — m 4/84
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im Mai 1984	$\frac{E II 1}{E III 1}$ — m 5/84
Einzelhandel im Mai 1984	G I 1 — m 5/84
Außenhandel im April 1984	G III 1,3 — m 4/84
Gastgewerbe im April 1984	G IV 3 — m 4/84
Straßenverkehrsunfälle im Februar 1984	H I 1 — m 2/84
Straßenverkehrsunfälle im März 1984	H I 1 — m 3/84
Steueraufkommen im Saarland 1983	$\frac{L I 1}{L I 2}$ — j/1983
Preisindex für die Lebenshaltung Juli 1984	M I 2 — m 7/84
Preisindex für Bauwerke Mai 1984	M I 4 — vj. 2/84
Umweltstatistiken	Q II 2 — 2j/82
Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis April 1984	Z I — m 4/84